

3 Bildung

**Auszug aus dem
Datenreport 2021**





Bildung

3.1 Bildungsbeteiligung, Bildungsniveau und Bildungsbudget

Frédéric Blaeschke,
Hans-Werner Freitag

Statistisches Bundesamt
(Destatis)

Bildung hat für Wirtschaft und Gesellschaft sowie für die individuelle Entwicklung eines Menschen eine zentrale Bedeutung. Ein guter Bildungsabschluss soll bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, bei der gesellschaftlichen Teilhabe und der Gestaltung der individuellen Lebensführung ermöglichen. Aus Unternehmenssicht sind gut ausgebildete Fachkräfte ein wichtiger Standortfaktor. Ein hohes Bildungsniveau stärkt die Innovationskraft einer Volkswirtschaft und ist damit eine wesentliche Grundlage für Wirtschaftswachstum. Davon profitiert grundsätzlich auch der Staat, da eine florierende Wirtschaft höhere Steuereinnahmen und niedrigere Sozialausgaben bedeutet.

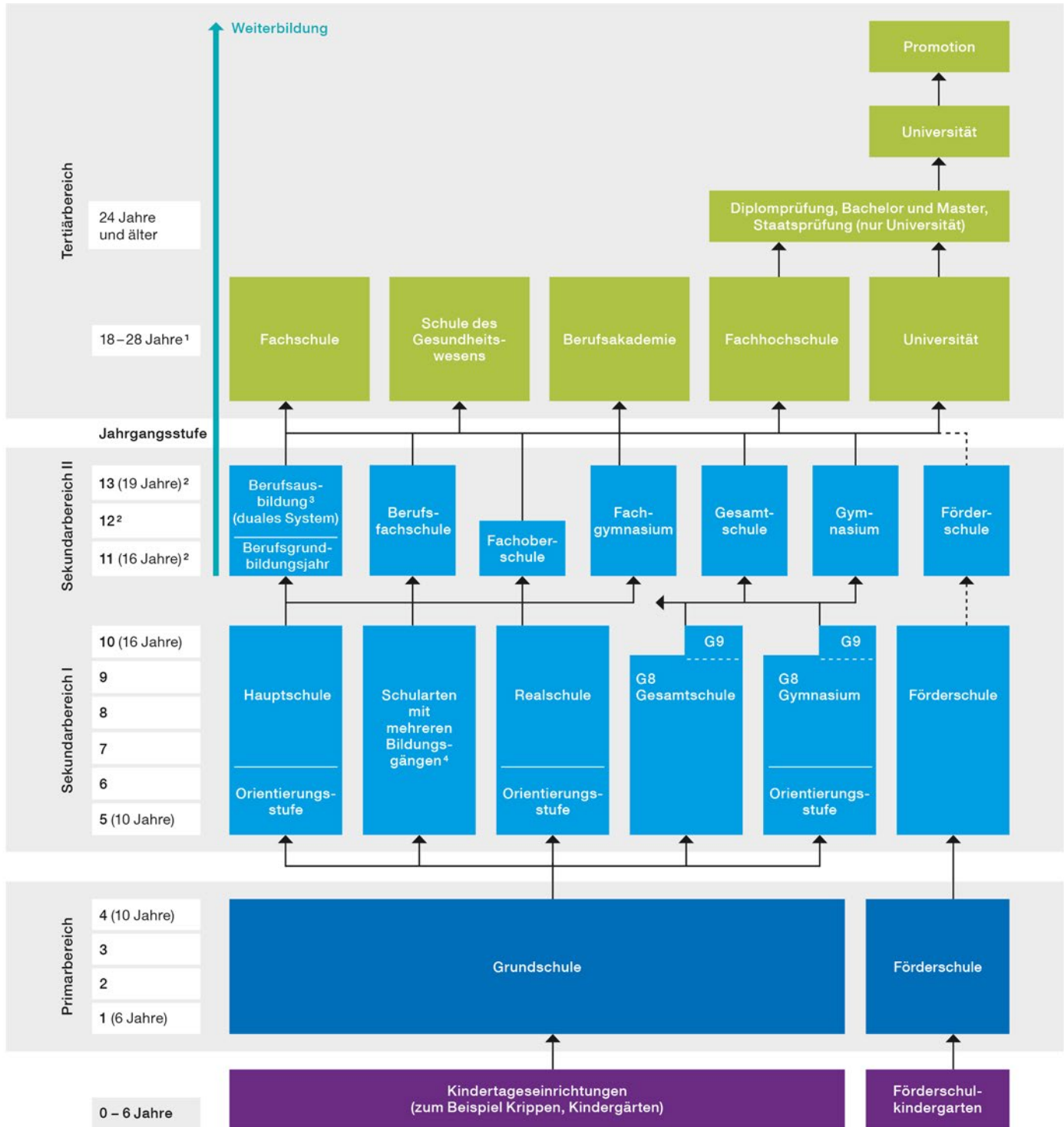
Die Wege durch das Bildungssystem sind vielfältig. Erste Bildungserfahrungen außerhalb des Elternhauses sammeln viele Kinder schon in den ersten Lebensjahren in einer Kindertageseinrichtung. Für die meisten Kinder startet im Alter zwischen 6 und 7 Jahren die Schulzeit. Zunächst wird die Primarstufe (zum Beispiel Grundschule) und anschließend die Sekundarstufe I (beispielsweise Hauptschule, Realschule, Gymnasium) absolviert. Am Ende der Sekundarstufe I erwirbt ein Teil der Schülerinnen und Schüler einen Hauptschulabschluss oder einen mittleren Abschluss. Für andere geht es nahtlos in der Sekundarstufe II weiter, mit dem Ziel, das Abitur zu erlangen. Nach der allgemeinbildenden Schule

gibt es verschiedene Abzweigungen für den weiteren Bildungsweg. Ein Teil der jungen Menschen entscheidet sich für eine berufliche Ausbildung im dualen System oder an einer Berufsfachschule. Für ein Studium entscheiden sich viele Jugendliche direkt nach der Schulzeit, andere erst nach einer beruflichen Ausbildung. Personen, die keinen allgemeinbildenden Schulabschluss erworben haben oder einen höheren nachträglich erwerben möchten, können – auch nach Ende der regulären Schulzeit – ihren angestrebten Abschluss nachholen. ▶ [Abb 1](#)

Betrachtet man die Entwicklung des Bildungsstands der Bevölkerung, dann gibt es deutliche Unterschiede zwischen den jüngeren und den älteren Jahrgängen. Immer mehr Personen erwerben im Lauf ihres Lebens eine Hochschulzugangsberechtigung, beispielsweise das Abitur. Auch der Anteil der Bevölkerung, der studiert, hat sich deutlich erhöht. Auf der anderen Seite nimmt zwar der Anteil der Personen stetig ab, die maximal einen Hauptschulabschluss erwerben, jedoch bleibt der Anteil der Personen, die gar keinen allgemeinbildenden Abschluss erreichen, relativ konstant. Zudem lassen sich deutliche Unterschiede beim Bildungsstand zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund erkennen (siehe Abschnitt 3.1.6, Seite 118).

Für Staat und Gesellschaft ist es wichtig, jeder Person Zugang zu Bildung zu

► Abb 1 Das Bildungssystem in Deutschland



1 Durch die teilweise Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Schuljahre (G8) ist die Zahl der Bildungsteilnehmenden, die 18 Jahre oder jünger sind, an Hochschulen und Berufsakademien gestiegen.
 2 Durch G8 an Gymnasien und Gesamtschulen beginnen die Klassenstufen im Sekundarbereich II ein Jahr früher, diese Schüler/-innen sind ein Jahr jünger. Bei G8 bedeutet dies zum Beispiel, dass die Einführungsstufe (E1) in der 10. Klassenstufe mit einem Alter von durchschnittlich 15 Jahren beginnt.
 3 In Berufsschule und Betrieb (duales System).
 4 Einschließlich Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.

► Info 1

Integrierte Gesamtschulen

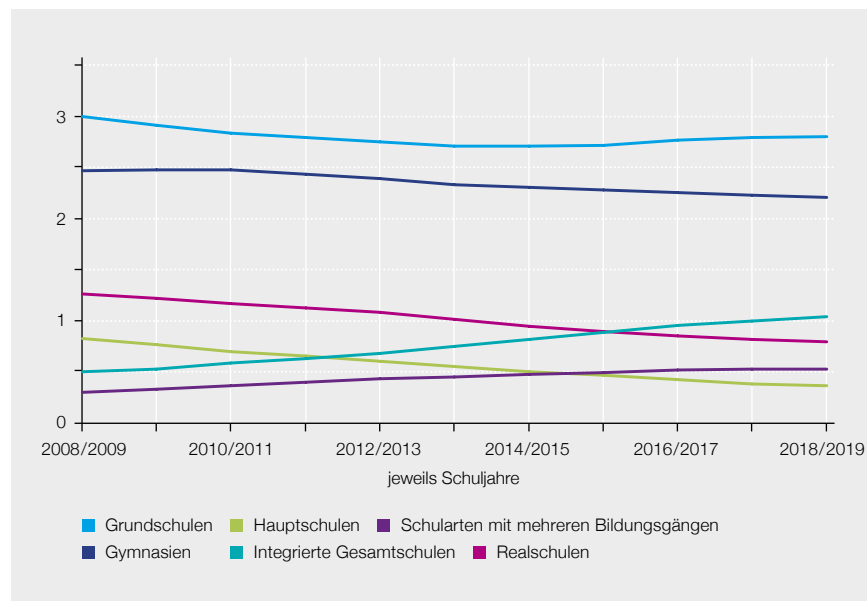
Integrierte Gesamtschulen (IGS) sind Einrichtungen, bei denen die verschiedenen Schularten zu einer integrierten Schulart zusammengefasst sind. Diese Gesamtschulen umfassen im Regelfall die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 9/10) und die gymnasiale Oberstufe (Einführungs- und Qualifikationsphasen 1 und 2). Sie können auch die Primarstufe (Klassenstufen 1 bis 4) führen. In der Bundesstatistik erfolgt eine länderspezifische institutionelle Zuordnung. Beispielsweise werden Stadtteilschulen, Gemeinschaftsschulen oder Oberschulen den Integrierten Gesamtschulen zugeordnet.

ermöglichen – unabhängig von der sozialen Herkunft und den Einkommensverhältnissen. Hierfür gewährt der Staat verschiedene Unterstützungen, zum Beispiel durch das BAföG und die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) (siehe Abschnitt 3.1.5, Seite 116).

Chancengleichheit im Bildungsbereich betrifft auch die Geschlechterverhältnisse, vor allem im Hinblick auf den Übergang ins (akademische) Berufsleben und die Wahl von Ausbildungsberufen. So war 2018 die Studienberechtigtenquote der Frauen zwar deutlich höher als die der Männer (siehe Abschnitt 3.1.1, Seite 103), und etwas mehr als die Hälfte der Hochschulabschlüsse wurde von Frauen erworben. Auf der akademischen Karriereleiter sind Professorinnen allerdings immer noch in der Unterzahl (siehe Abschnitt 3.1.4, Seite 111). In der dualen Berufsausbildung zeigen sich nach wie vor deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede bei den meistgewählten Ausbildungsberufen (siehe Abschnitt 3.1.3, Seite 109).

Eine verlässliche amtliche Datenbasis ist wichtig, um die bestehenden Strukturen und Entwicklungen im Bildungswesen darstellen zu können. Das folgende Kapitel enthält daher einen Querschnitt aus den Bildungsdaten der amtlichen Schulstatistik (Schülerinnen und Schüler, Absolventinnen und Absolventen, Abgängerinnen und Abgänger sowie Lehrkräfte), der Berufsbildungsstatistik (Auszubildende, Abschlussprüfungen), der Hochschulstatistik (Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger, Hochschul-

► Abb 2 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach Bildungsbereichen – in Millionen



absolventinnen und -absolventen sowie Hochschulpersonal) und der Erhebung zu deutschen Studierenden im Ausland. Abgerundet wird der Beitrag durch Angaben aus dem Mikrozensus (Bildungsstand der Bevölkerung) sowie der Finanz- und der Hochschulfinanzstatistik (Bildungsausgaben).

Welche Anforderungen Homeschooling in Zeiten von Corona stellt, zeigt Kapitel 14.3, Seite 484. Kapitel 6.1.6, Seite 216, bietet Informationen zu Internetnutzung und digitalen Lernmedien.

3.1.1 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz überlässt den Bundesländern im föderalen System die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen. Im Rahmen ihrer Kulturhoheit gestalten die Länder ihr Bildungssystem entsprechend den regionalen Erfordernissen sowie den gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen.

Schülerinnen und Schüler

Im Sommer 2018 wurden in Deutschland 728 300 Kinder eingeschult. Das waren

0,4 % mehr als im Vorjahr. Gegenüber 2008 ging die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger in Deutschland um 0,9 % zurück. Bundesweit begannen 93 % der Erstklässlerinnen und Erstklässler ihre Schullaufbahn an Grundschulen, 3,1 % an Förderschulen, 2,5 % an Integrierten Gesamtschulen und 1,0 % an Freien Waldorfschulen. Der Trend zum längeren gemeinsamen Lernen hat dazu geführt, dass mehrere Länder an Integrierten Gesamtschulen seit 2012 auch einen Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) anbieten. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil der Einschulungen an Integrierten Gesamtschulen bei 0,3 %. ► Info 1

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen sank in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich von 9,0 Millionen im Schuljahr 2008/2009 auf 8,3 Millionen im Schuljahr 2018/2019. Während 35 % der Schülerschaft 2018/2019 an eine Schule des Primarbereichs gingen, besuchten 50 % aller Schülerinnen und Schüler den Sekundarbereich I. Der Anteil der Lernenden im Sekundarbereich II lag bei 11 %. Eine Förderschule besuchten 4 %. ► Abb 2

► **Tab 1 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen nach Schularten – in Tausend**

	2018/2019	2008/2009
Vorklassen und Schulkindergärten	26	28
Primarbereich	2 907	3 033
↳ Grundschulen	2 802	2 997
Sekundarbereich I	4 136	4 589
↳ Schulartunabhängige Orientierungsstufe	111	105
↳ Hauptschulen	363	826
↳ Schularten mit mehreren Bildungsgängen	526	302
↳ Realschulen	796	1 263
↳ Gymnasien	1 448	1 617
↳ Integrierte Gesamtschulen	834	415
Sekundarbereich II	930	979
↳ Gymnasien	760	852
↳ Integrierte Gesamtschulen	130	78
Förderschulen	321	393
Insgesamt	8 330	9 024

► **Tab 2 Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schularten – in Tausend**

	2008/2009	2013/2014	2016/2017	2017/2018	2018/2019
Teilzeit-Berufsschulen	1 727	1 482	1 415	1 411	1 414
Berufsvorbereitungsjahr	55	49	123	119	101
Berufgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form	44	29	7	7	6
Berufsfachschulen ¹	511	432	424	422	416
Fachoberschulen	134	137	139	136	128
Fachgymnasien	154	181	193	188	180
Berufsoberschulen/ Technische Oberschulen	20	22	17	15	14
Fachschulen und Fachakademien	159	200	197	192	189
Insgesamt	2 806	2 531	2 515	2 490	2 450
nachrichtlich: Schulen des Gesundheitswesens	124	150	155	154	157

¹ Einschließlich Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.

Der größte Teil der Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs I besuchte ein Gymnasium, im Schuljahr 2018/2019 waren dies 35 %. Der Anteil der Realschülerinnen und -schüler lag bei 19 %. Eine Hauptschule besuchten 9 % der Schülerinnen und Schüler. Rund 20 % der Schülerschaft

der Sekundarstufe I war an einer Integrierten Gesamtschule und 13 % an einer Schulart mit mehreren Bildungsgängen. Im Verlauf der letzten zehn Jahre hat sich im Sekundarbereich I der Anteil der Hauptschülerinnen und -schüler um 9 Prozentpunkte verringert. Das liegt auch daran, dass viele Bundesländer Haupt-

schulen abgeschafft haben oder abschaffen. Deutlich zurück ging auch der Anteil der Realschülerinnen und -schüler: und zwar um 8 Prozentpunkte. Demgegenüber stieg im Sekundarbereich I im Zeitverlauf der Anteil für die Integrierten Gesamtschulen um rund 11 Prozentpunkte und für die Schularten mit mehreren Bildungsgängen um 6 Prozentpunkte. Der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in der Sekundarstufe I blieb im Zeitverlauf konstant. ► [Tab 1](#)

An Förderschulen werden Kinder mit Förderbedarf beispielsweise im Bereich der geistigen Entwicklung beziehungsweise emotionalen und sozialen Entwicklung unterrichtet. Im Schuljahr 2018/2019 besuchten 320 800 Kinder eine Förderschule, dies sind 3,9 % der Schülerschaft an allgemeinbildenden Schulen. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden infolge der Bemühungen um Inklusion im Schulsystem zunehmend außerhalb von Förderschulen an den übrigen allgemeinbildenden Schulen – insbesondere an Grundschulen – unterrichtet. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Während 2008/2009 bundesweit lediglich 83 600 sogenannte Integrationschülerinnen und -schüler sonstige allgemeinbildende Schulen besuchten, waren es 2018/2019 bereits 231 500. Insgesamt bestand somit im Schuljahr 2018/2019 in Deutschland bei knapp 552 300 Schülerinnen und Schülern ein sonderpädagogischer Förderbedarf. Das waren 7,8 % der gesamten Schülerschaft in den Klassenstufen 1 bis 10, vor zehn Jahren waren es 6,3 %.

An den Grundschulen, an denen in der Regel alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden, waren Mädchen (49 %) und Jungen (51 %) etwa gleich verteilt. An den weiterführenden Schularten war der Mädchenanteil unterschiedlich: Die Spanne reichte 2018 von 53 % an Gymnasien über 49 % an Realschulen, 48 % an Integrierten Gesamtschulen bis zu 43 % an Hauptschulen. An Förderschulen betrug der Anteil der Schülerinnen 35 %.

Nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen nehmen viele Jugend-

liche eine Berufsausbildung im dualen System auf. Die Teilzeit-Berufsschule ergänzt im dualen Ausbildungssystem die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb (siehe hierzu auch Abschnitt 3.1.3, Seite 109). Ebenso wird die Teilzeit-Berufsschule von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch schulpflichtig sind und keine andere Schule besuchen. Insgesamt wurden 2018/2019 in Deutschland 1,4 Millionen Jugendliche an Teilzeit-Berufsschulen unterrichtet, 18 % weniger als 2008/2009. ▶ Tab 2

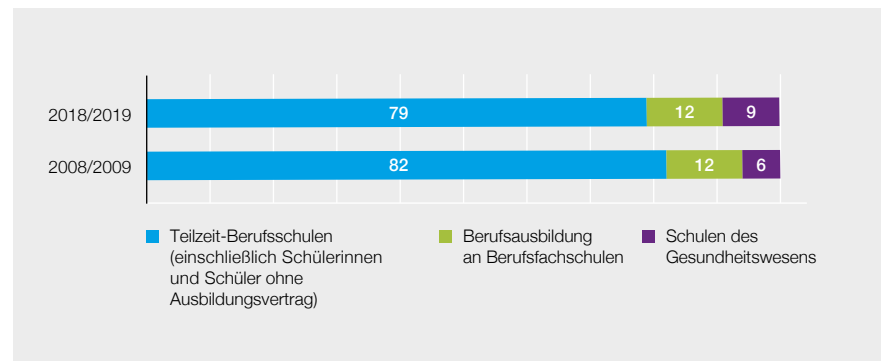
Neben der Berufsausbildung im dualen System gibt es weitere Formen der schulischen Berufsausbildung, die im Wesentlichen an Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens angeboten werden. Dabei handelt es sich neben den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen vor allem um Assistenzberufe wie zum Beispiel kaufmännische Assistentin beziehungsweise kaufmännischer Assistent. Rund 380 300 Jugendliche befanden sich 2018/2019 in einer schulischen Berufsausbildung. Das waren 21 % aller jugendlichen Auszubildenden. ▶ Abb 3

In den letzten Jahren ist das Interesse an Privatschulen deutlich gestiegen. Den rechtlichen Rahmen für die Gründung und den Betrieb von Privatschulen legen die jeweiligen Schulgesetze der Länder fest. Privatschulen können von Einzelpersonen oder zum Beispiel von Kirchen und Vereinen errichtet und betrieben werden. Im Jahr 2018/2019 besuchten 764 300 Schülerinnen und Schüler private allgemeinbildende Schulen und 238 400 private berufliche Schulen. Das entsprach einem Anteil von 9,2 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden (2008/2009: 7,7 %) und 9,7 % an beruflichen Schulen (2008/2009: 8,4 %). ▶ Abb 4

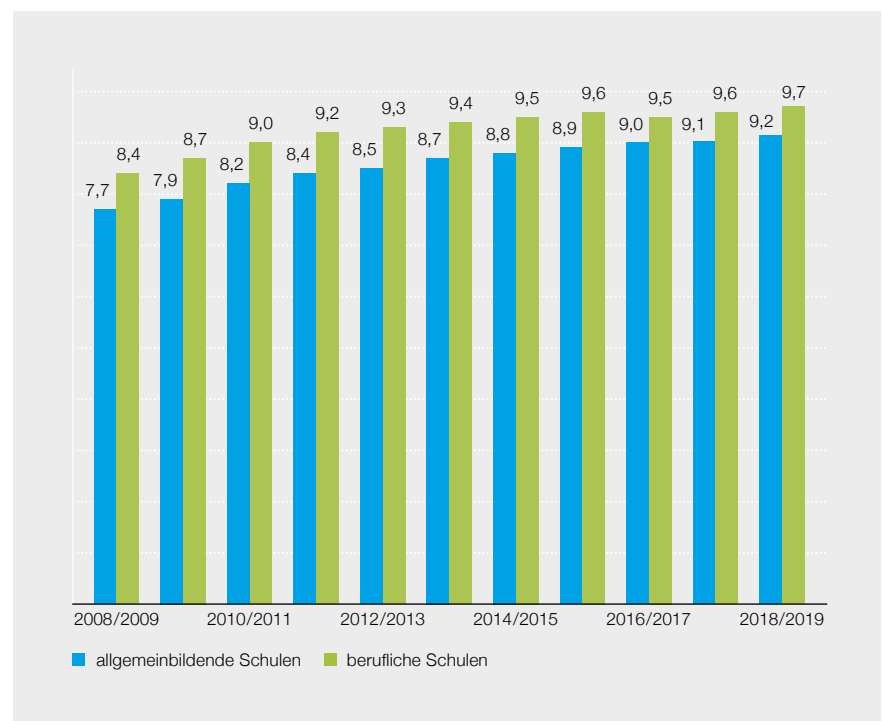
Allgemeinbildende und berufliche Abschlüsse

Im Sommer 2018 wurden 812 200 junge Menschen (mit und ohne Schulabschluss) aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen. Das sind 13 % weniger als 2008. Von den Schulentlassenen blieben 6,6 % ohne

▶ Abb 3 Schülerinnen und Schüler in Berufsausbildung nach Schularten – in Prozent



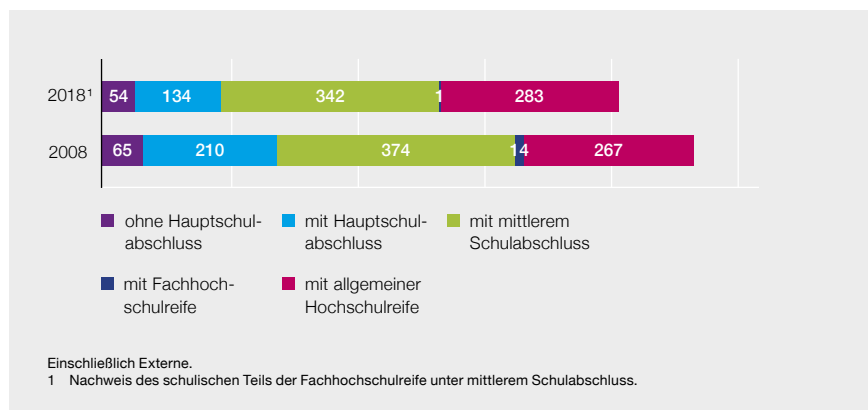
▶ Abb 4 Anteil der Privatschülerinnen und Privatschüler – in Prozent



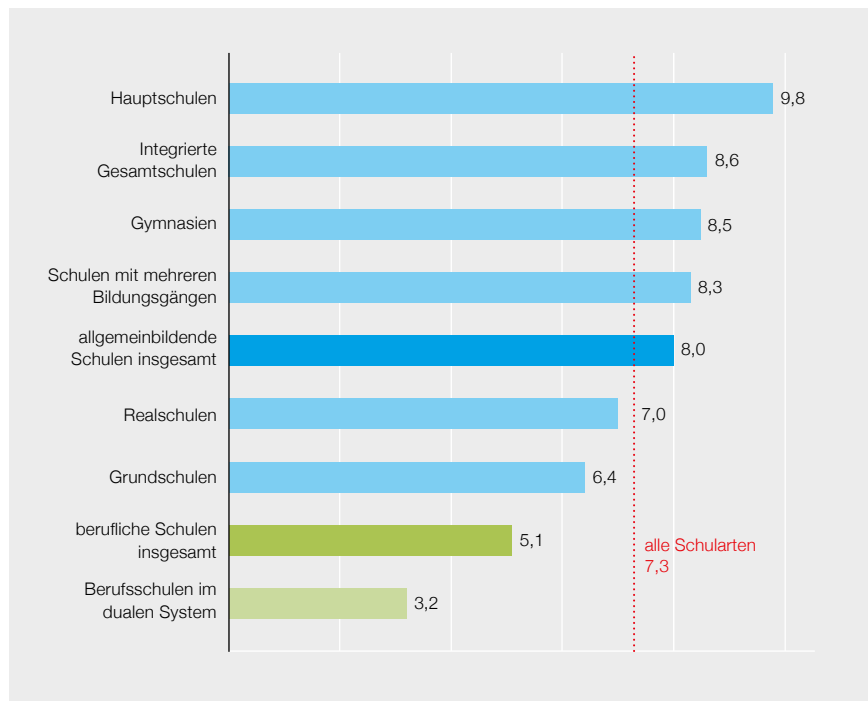
Abschluss, 16 % erwarben den Hauptschulabschluss und 35 % die allgemeine Hochschulreife. Diese Struktur hat sich in den vergangenen Jahren teilweise verändert. Wenig Veränderung gab es beim Anteil der Jugendlichen ohne Abschluss (2008: 7,0 %). Der Anteil der Hauptschulabsolventinnen und -absolventen ist seit

2008 gesunken (2008: 23 %), der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten gestiegen (2008: 29 %). Im Bereich der mittleren Abschlüsse ist zwischen 2008 und 2018 eine leichte prozentuale Zunahme von 40 auf 42 % zu verzeichnen. Diese ist jedoch überwiegend methodisch begründet, da seit 2014 der schulische Teil

► **Abb 5 Absolventinnen/Absolventen und Abgängerinnen/Abgänger nach Abschlussarten – in Tausend**



► **Abb 6 Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten 2017 – in Tausend Euro**



der Fachhochschulreife zu den mittleren Schulabschlüssen gezählt wird. ► [Abb 5](#)

Junge Männer verließen 2018 die allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt mit einem niedrigeren Abschlussniveau als junge Frauen: 8,0% der jungen Männer erreichten keinen Abschluss, gegenüber 5,1% bei den jungen Frauen.

Von den männlichen Absolventen erhielten 31% die Studienberechtigung, bei den Frauen waren es 40%.

Auch an beruflichen Schulen können allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden. Rund 51 800 Jugendliche haben 2018 an beruflichen Schulen den Hauptschulabschluss bestanden, das sind 50%

mehr als 2008. Eine Studienberechtigung erlangten 149 800 Jugendliche. Im Vergleich dazu erwarben an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2018 rund 283 500 Absolventinnen und Absolventen eine Studienberechtigung. Der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung – die sogenannte Studienberechtigtenquote – betrug 51%. Im Jahr 2008 lag sie bei 45%. Hier zeigt sich ein deutlicher Trend zur Höherqualifizierung.

Lehrkräfte

Im Schuljahr 2018/2019 unterrichteten in Deutschland 685 600 hauptberufliche Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und 125 500 an beruflichen Schulen. An allgemeinbildenden Schulen waren 39% der hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer in Teilzeit beschäftigt. An beruflichen Schulen betrug dieser Anteil nur 32%. Auch die Geschlechterverteilung ist bei allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterschiedlich: Rund 73% der hauptberuflichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen waren Frauen, an beruflichen Schulen betrug dieser Anteil nur 53%. Den höchsten Frauenanteil hatten Schulkindergärten mit 94%, Grundschulen mit 89% sowie Vorklassen mit 86%. Mit steigendem Bildungsziel der Schularten sank der Frauenanteil an den Lehrkräften, lag aber dennoch stets über 50%. An Gymnasien betrug der Anteil rund 60%, an Abendschulen und Kollegs 58%.

Im Schuljahr 2018/2019 waren insgesamt 12% der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen 60 Jahre oder älter. Die größte Altersgruppe bildeten die 30- bis 39-Jährigen mit 28%, gefolgt von den 40- bis 49-Jährigen mit 27% und den 50- bis 59-Jährigen mit 25%. Unter 30 Jahre waren lediglich 7,3% der Lehrkräfte. Der geringe Anteil jüngerer Lehrkräfte ist teilweise auf die Länge der Hochschulausbildung und des Referendariats zurückzuführen.

Ausgaben je Schülerin und Schüler

Die Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viele Mittel der Staat jährlich im

Durchschnitt für die Ausbildung an Schulen zur Verfügung stellt. Die Ausgaben setzen sich aus Personalausgaben (einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben zusammen, wobei die Personalausgaben am stärksten ins Gewicht fallen.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2017 bundesweit durchschnittlich 7 300 Euro für die Ausbildung einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers an öffentlichen Schulen aus – das waren rund 2 500 Euro mehr als im Jahr 2005. Die Ausgaben je Schülerin und Schüler schwankten stark nach Schularten: Die allgemeinbildenden Schulen waren mit 8 000 Euro im Jahr 2017 teurer als die beruflichen Schulen mit 5 100 Euro. ▶ [Abb 6](#)

Innerhalb der allgemeinbildenden Schulen lagen Grundschulen (6 400 Euro) und Realschulen (7 000 Euro) unter dem Durchschnitt, Schulen mit mehreren Bildungsgängen (8 300 Euro), Gymnasien (8 500 Euro), Integrierte Gesamtschulen (8 600 Euro) und Hauptschulen (9 800 Euro) darüber. Die vergleichsweise niedrigen Aufwendungen von 3 200 Euro je Schülerin und Schüler bei den Berufsschulen im dualen Ausbildungssystem sind auf den dort praktizierten Teilzeitunterricht zurückzuführen.

3.1.2 Der sozioökonomische Status der Schülerinnen und Schüler

Bildung ist sowohl für die Erwerbs- und Teilhabechancen der Menschen als auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft eine zentrale Voraussetzung. Daher ist es wichtig, dass alle gesellschaftlichen Schichten die gleichen Zugangschancen zur Bildung erhalten.

Internationale Vergleichsstudien wie PISA (Programme for International Student Assessment) und IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) haben jedoch gezeigt, dass in Deutschland die Bildungschancen und der Bildungserfolg von Kindern stark von ihrer sozialen Herkunft und dem Migrationshintergrund abhängen (Migrationshinter-

grund siehe Kapitel 2.1, Seite 58, Info 5). Auch die Schulwahl wird in Deutschland stark vom familiären Hintergrund bestimmt. Ein wichtiger Indikator für den sozioökonomischen Status von Kindern ist der Bildungsabschluss der Eltern. Informationen hierzu liefert der Mikrozensus, eine jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung (Mikrozensus siehe Kapitel 2.1, Seite 52, Info 1).

Im Jahr 2018 hatten 45 % der Kinder und Jugendlichen, die eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besuchten, mindestens einen Elternteil, der Abitur oder Fachhochschulreife besaß. Ein Sechstel (16 %) hatte einen Hauptschulabschluss als höchsten Abschluss. Rund 5 % der Schülerinnen und Schüler lebten in Familien, in denen kein Elternteil einen allgemeinbildenden Schulabschluss vorweisen konnte. ▶ [Tab 3](#)

Betrachtet man den höchsten beruflichen Bildungsabschluss in der Familie, so wuchs mehr als ein Viertel (28 %) der Schülerinnen und Schüler in Familien

auf, in denen mindestens ein Elternteil einen Bachelor oder Master, ein Diplom oder eine Promotion besaß. Rund 14 % der Kinder lebten in Familien, in denen kein beruflicher Bildungsabschluss vorhanden war.

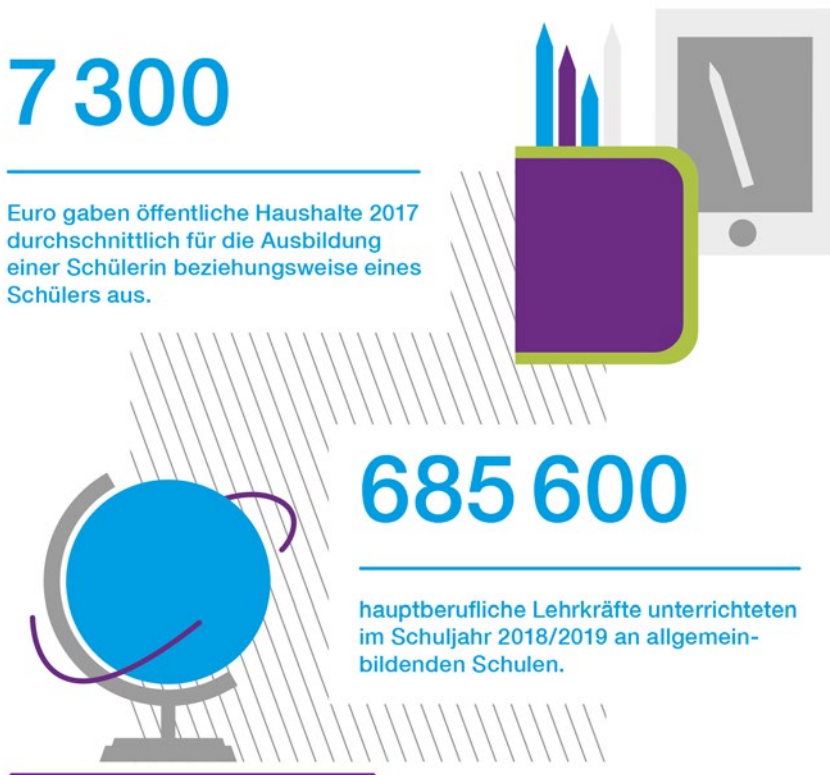
Die Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die Schularten macht den Einfluss des familiären Hintergrunds deutlich. Generell gilt: Je höher der allgemeinbildende oder berufliche Abschluss der Eltern, desto geringer waren die Schüleranteile an Hauptschulen und desto höher waren die Schüleranteile an Gymnasien. An Gymnasien fanden sich hauptsächlich Kinder, deren Eltern die Fachhochschul- oder Hochschulreife hatten (66 %). An Hauptschulen war diese Schülergruppe mit nur 17 % vertreten. Dagegen wuchsen nur 8,0 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Familien auf, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss oder keinen allgemeinbildenden Schulabschluss besaßen. An Hauptschulen war

7 300

Euro gaben öffentliche Haushalte 2017 durchschnittlich für die Ausbildung einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers aus.

685 600

hauptberufliche Lehrkräfte unterrichteten im Schuljahr 2018/2019 an allgemeinbildenden Schulen.



► Tab 3 Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss der Eltern 2018

	Insgesamt ¹	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Eltern ²				Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss ³
		Haupt-(Volks-)schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	mittlerer Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	
	in 1 000	in %				
Grundschule	2 856	14,2	2,2	28,0	49,9	5,3
Hauptschule	304	40,7	1,8	25,0	16,9	14,8
Realschule	1 134	20,8	3,5	38,0	32,2	5,0
Gymnasium	2 492	6,2	3,8	22,2	65,9	1,7
Sonstige allgemeinbildende Schule ⁴	1 673	19,2	6,2	31,8	35,0	7,2
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	47	32,7	/	30,3	20,1	11,4
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/Hochschulreife führt	275	15,8	4,5	36,9	39,0	3,6
Berufsschule	1 073	25,3	7,1	36,6	26,9	4,0
Sonstige berufliche Schule ⁵	285	22,9	8,0	33,3	28,1	7,1
Insgesamt	10 140	16,1	4,1	29,5	44,9	4,9

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschließlich 39000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss beziehungsweise keine Angabe zur Art des Abschlusses gemacht haben.

2 Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.

3 Einschließlich Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch, beziehungsweise einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.

4 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.

5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, Schule für Erzieher/-innen.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Datenbasis: Mikrozensus

► Tab 4 Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und Migrationshintergrund 2018

	Insgesamt ¹	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund				
			insgesamt	Herkunftsregion			
	in 1 000	in %					
			Türkei	EU-15 ²	EU-Ost ³	übrige Welt	
Grundschule	2 856	60,6	39,4	4,8	3,6	6,9	18,4
Hauptschule	304	42,6	57,4	10,2	5,6	9,3	27,9
Realschule	1 134	59,8	40,2	7,7	3,7	6,3	17,3
Gymnasium	2 492	70,1	29,9	4,4	3,4	5,0	13,3
Sonstige allgemeinbildende Schule ⁴	1 673	63,8	36,2	6,4	3,4	5,3	17,1
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	47	53,2	46,8	12,5	/	/	20,5
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/Hochschulreife führt	275	65,8	34,2	7,3	3,9	4,9	14,4
Berufsschule	1 073	70,9	29,1	6,9	3,3	4,3	12,0
Sonstige berufliche Schule ⁵	285	68,4	31,6	6,7	3,6	5,0	13,3
Insgesamt	10 140	64,2	35,8	5,8	3,6	5,8	16,2

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschließlich 446000 Personen ohne Angabe zur Herkunftsregion.

2 Staaten der EU bis zur Erweiterungsrunde im Jahr 2004; siehe Kapitel 1.1, Seite 24, Abb 9.

3 Staaten, die ab 2004 der EU beigetreten sind (Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern).

4 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.

5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, Schule für Erzieher/-innen.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Datenbasis: Mikrozensus

der Anteil der Schülerinnen und Schüler aus diesen Familien mit 55 % fast siebenmal so hoch.

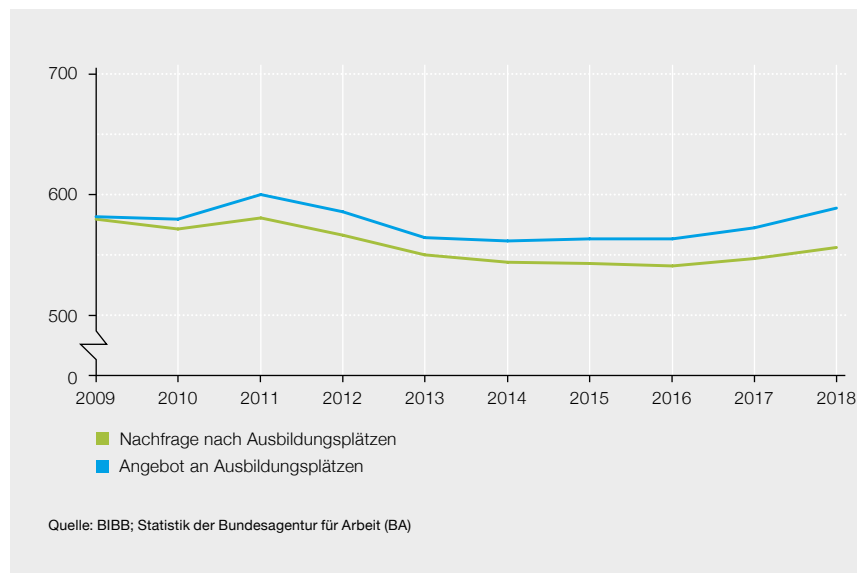
Einen Migrationshintergrund wiesen 2018 insgesamt 36 % der Schülerschaft auf. Bei der Betrachtung der einzelnen Schularten sind deutliche Unterschiede zu erkennen: An Hauptschulen war der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mit 57 % fast doppelt so hoch wie an Gymnasien (30 %). Insgesamt haben die meisten Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Wurzeln in der Türkei (5,8 %). Die deutlichsten Unterschiede in der Zusammensetzung der Schülerschaft fanden sich erneut zwischen Hauptschulen und Gymnasien: Schülerinnen und Schüler mit türkischem Hintergrund waren an Hauptschulen überdurchschnittlich vertreten (10,2 %), an Gymnasien war ihr Anteil mit 4,4 % nicht einmal halb so groß. ▶ [Tab 4](#)

3.1.3 Betriebliche Berufsausbildung

Im dualen Ausbildungssystem besuchen Jugendliche die Berufsschule und werden zusätzlich im Betrieb auch praktisch am Arbeitsplatz ausgebildet. Dadurch wird theoretischer und praktischer Lernstoff verknüpft. Außerdem sichern sich die Unternehmen durch die duale Berufsausbildung den eigenen Fachkräftenachwuchs. Im Jahr 2018 haben knapp 522 000 Personen einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Die Auszubildenden bringen dabei eine unterschiedliche schulische Vorbildung mit. Von den Personen, die 2018 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaßen rund 29 % Abitur oder Fachhochschulreife. Über einen mittleren Abschluss verfügten 41 % und 28 % blieben mit ihrem erreichten Abschluss darunter. Wie in den letzten Jahren gab es auch 2018 mehr Ausbildungsplätze als Interessierte. Die Gesamtzahl der Auszubildenden betrug rund 1,33 Millionen. ▶ [Abb 7](#)

Ähnlich wie in den vergangenen Jahren wies die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe im Jahr 2018 deutliche Schwerpunkte auf: 39 % der Männer und 53 % der Frauen konzen-

▶ **Abb 7** Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen — in Tausend



Pflegeberufe

Rund 65 800 junge Menschen haben im Herbst 2018 eine Berufsausbildung in einem Pflegeberuf begonnen. Pflegeberufe werden nach wie vor in erster Linie von Frauen erlernt, auch wenn der Anteil der Männer gestiegen ist. So waren 2018 von den neuen Auszubildenden 75 % Frauen und 25 % Männer.

Gegenüber 2008 ist die Zahl der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger im Pflegebereich um 46 % gestie-

gen. Bei den Frauen betrug der Anstieg 35 %, bei den Männern 94 %. Vor zehn Jahren lag der Männeranteil an allen Auszubildenden im Pflegebereich bei 18 %.

Zu den Pflegeberufen zählen die Ausbildungen zur/zum Gesundheits- und Krankenpflegerin/-pfleger, Kinderkrankenpflegerin/-pfleger oder Altenpflegerin/-pfleger sowie die nur ein Jahr dauernde Ausbildung als Pflegehelferin/-helfer.

trierten sich auf jeweils 10 von gut 330 anerkannten Ausbildungsberufen. Die Anteile beziehen sich dabei auf die Gesamtzahl aller Auszubildenden und nicht ausschließlich auf die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Bei den männlichen Auszubildenden rangierte der Beruf des Kraftfahrzeugmechatronikers mit 7,6 % eindeutig an erster Stelle. Dann folgten die Berufe Industriemechaniker (4,8 %) und Elektroniker (4,6 %). Bei den

jungen Frauen waren die Berufe Kauffrau für Büromanagement (10,6 %), Medizinische Fachangestellte (8,4 %) und Zahnmedizinische Fachangestellte (6,5 %) am stärksten besetzt. Frauen erlernen neben den Berufen im dualen Ausbildungssystem häufig auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen – beispielsweise Gesundheits- und Krankenpflegerin oder Altenpflegerin. Da die Wahl des Ausbildungsberufs stark von den am Ausbil-

dungsmarkt vorhandenen Stellen abhängt, kann man bei den am stärksten besetzten Berufen nicht zwingend von den »beliebtesten Berufen« sprechen. ▶ Abb 8

Im Jahr 2018 absolvierten rund 131 000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine Berufsausbildung. Gegenüber 2008 (rund 73 000) stellt dies einen Anstieg um 79 % dar. Der Anstieg ist besonders bedeutsam, da sich die Gesamtzahl der Auszubildenden im gleichen Zeitabschnitt um rund 280 000 reduziert hat. Besaßen 2008 noch 4,5 % aller Auszubildenden einen ausländischen Pass, lag der Anteil 2018 bei 9,9 %. Am häufigsten besitzen die ausländischen Auszubildenden die türkische Staatsangehörigkeit (17,4 %). Danach folgen Auszu-

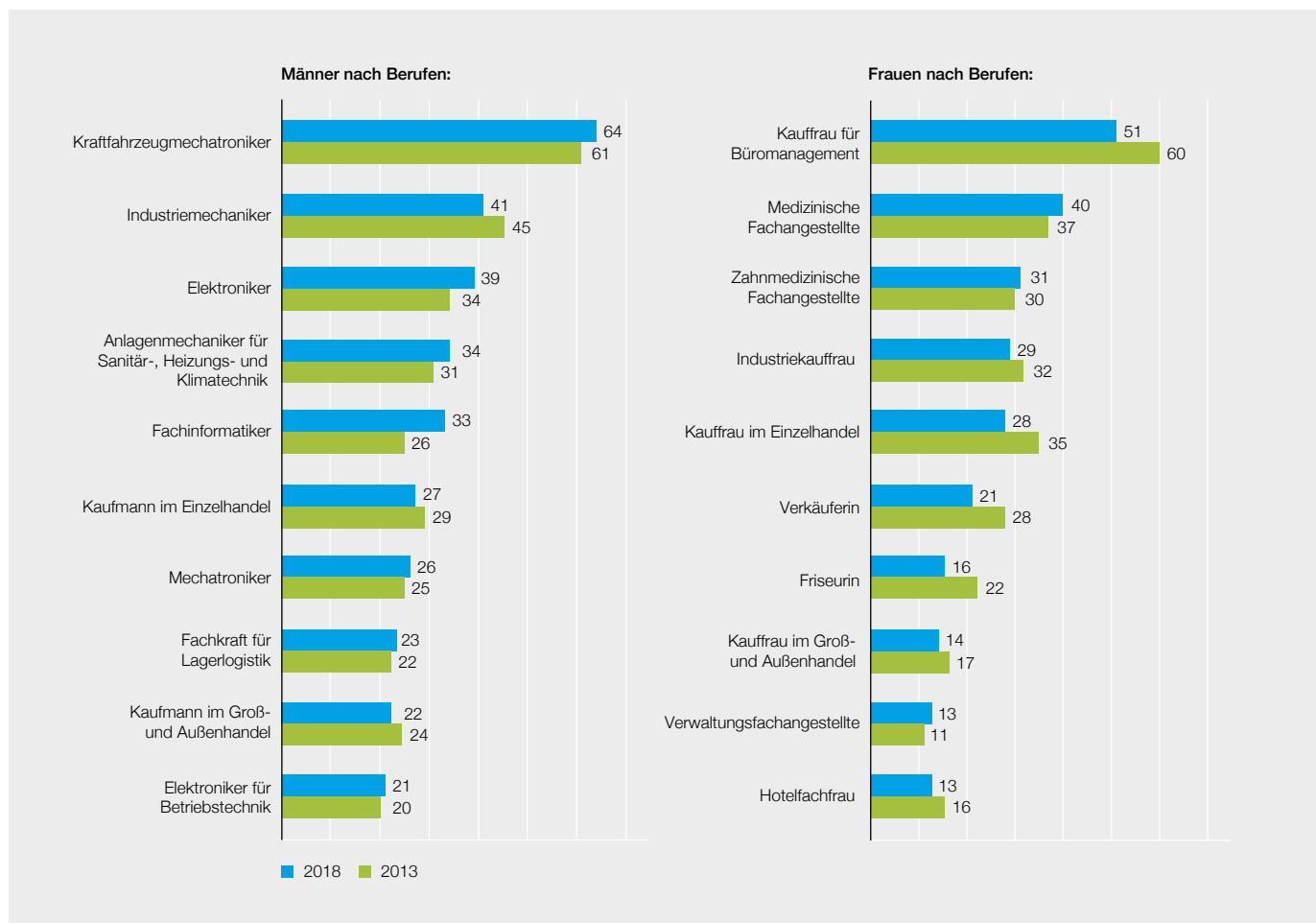
bildende mit afghanischem (10,2 %) und syrischem (9,7 %) Pass. Bei den Zahlen ist zu beachten, dass die Berufsbildungsstatistik Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit als Deutsche erfasst.

Nicht alle Personen, die eine Ausbildung beginnen, bringen diese auch zum Abschluss. Ein gutes Viertel (27 %) löste den Ausbildungsvertrag 2018 vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Die Gründe für einen Abbruch der Ausbildung können bei den Auszubildenden selbst oder an äußeren Bedingungen liegen. Deutliche Unterschiede zeigen sich nach schulischer Vorbildung (höchster allgemeinbildender Schulabschluss): Während etwa 39 % der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss ihren Ausbildungs-

vertrag im Jahr 2018 vorzeitig lösten, waren es 15 % der Auszubildenden mit Fachhochschul- beziehungsweise Hochschulreife. Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass mit niedrigerem Schulabschluss Nachteile bei der Ausbildungsplatzsuche verbunden sind. So entsprechen Kompetenzen häufiger nicht den Anforderungen oder Auszubildende müssen einen Beruf ergreifen, der ihnen weniger liegt. Ebenso gibt es auf Ausbilderseite Gründe, den Ausbildungsvertrag vorzeitig zu lösen, etwa bei Aufgabe des Betriebs oder Wegfall der Ausbildungsstelle.

Mit einer bestandenen Abschlussprüfung beendeten 2018 rund 387 000 Jugendliche erfolgreich ihre Ausbildung. Im dualen Ausbildungssystem können

▶ Abb 8 Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Berufen – in Tausend



diese Prüfungen zweimal wiederholt werden. Rund 90 % der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer bestanden die Prüfung. ▶ Abb 9

3.1.4 Hochschulen

Der Hochschulbereich ist der Teil des Bildungssystems, der eine akademische Ausbildung vermittelt. Die Hochschulen qualifizieren den wissenschaftlichen Nachwuchs und schaffen mit ihren Forschungsergebnissen die Grundlagen für Innovationen. Im Wintersemester 2018/2019 gab es in Deutschland insgesamt 426 staatlich anerkannte Hochschulen. Davon waren 180 Universitäten (einschließlich Theologischer und Pädagogischer Hochschulen sowie Kunsthochschulen) und 246 Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen).

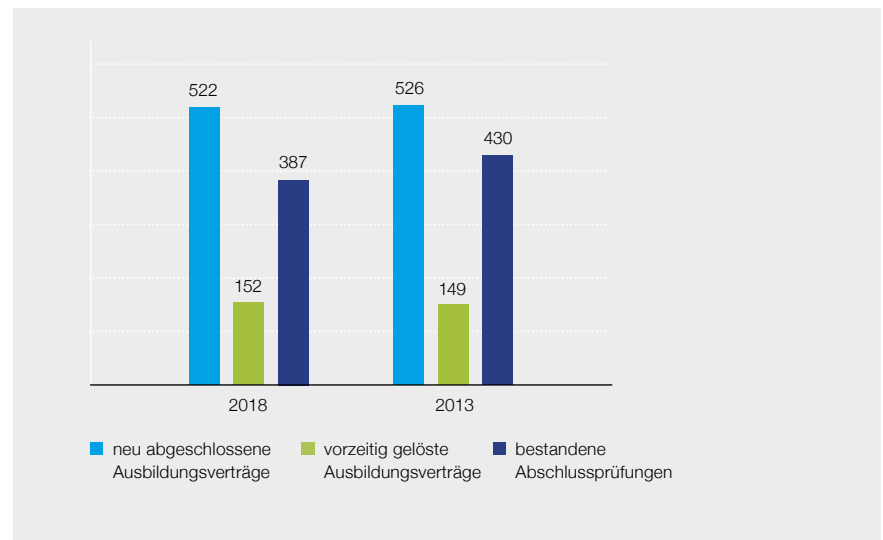
Studierende, Studienanfängerinnen und Studienanfänger

Im Wintersemester 2018/2019 waren nahezu 2,9 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben – so viele wie nie zuvor. Das war ein Anstieg um 42 % verglichen mit dem Wintersemester 2008/2009. Dieser Anstieg ist auf einen längerfristigen Trend zur Höherqualifizierung zurückzuführen. Insgesamt waren knapp zwei Drittel (63 %) der Studierenden im Wintersemester 2018/2019 an Universitäten eingeschrieben und ein gutes Drittel (37 %) an Fachhochschulen. ▶ Tab 5

Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger, die im Studienjahr 2018 (Sommersemester 2018 und Wintersemester 2018/2019) erstmals ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen haben, erreichte mit rund 512 000 Personen erneut einen hohen Wert. Insgesamt stieg die Zahl der Erstsemester um 29 % verglichen mit dem Studienjahr 2008. Dabei war der Anstieg an Fachhochschulen mit + 43 % deutlich höher als an Universitäten mit + 21 %.

Die Wahl eines Studienfachs wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst: von den persönlichen Interessen der Studienanfängerinnen und Studienanfänger,

▶ Abb 9 Ausbildungsverträge und bestandene Abschlussprüfungen – in Tausend



▶ Tab 5 Studierende, Studienanfängerinnen und Studienanfänger – in Tausend

	Insgesamt		Universitäten ¹		Fachhochschulen ²	
	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS	Studierende	1. HS
2008	2 026	397	1 397	244	628	153
2013	2 617	509	1 737	302	880	206
2016	2 807	510	1 811	297	996	213
2017	2 845	513	1 818	295	1 027	218
2018	2 868	512	1 817	294	1 051	218

Studierende im Wintersemester, Studienanfänger/-innen im 1. Hochschulsemester (1. HS) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

1 Einschließlich Kunsthochschulen sowie Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

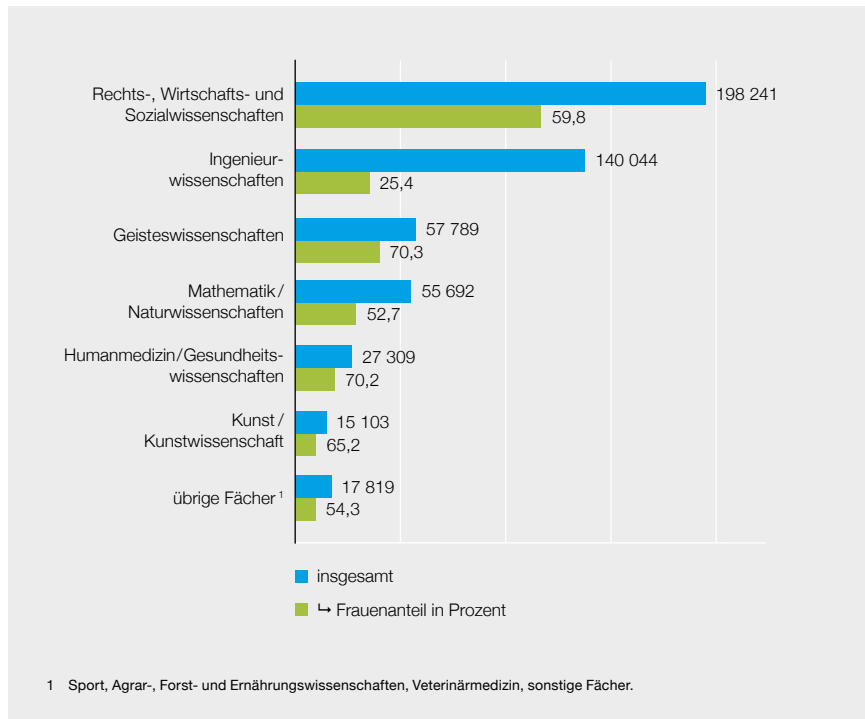
2 Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

vom Studienangebot der Hochschulen und von Zulassungsbeschränkungen (zum Beispiel Numerus-Clausus-Regelungen und hochschulinternen Zulassungsverfahren). Eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studiengangs spielen auch die zum Zeitpunkt der Einschreibung wahrgenommenen und künftig erwarteten Chancen, die ein bestimmter Studienabschluss auf dem Arbeitsmarkt bietet. Die meisten Erstsemester (39 %) haben sich 2018 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeschrieben. Dies war bereits vor zehn Jahren mit ebenfalls 39 % der Erstsemestereinschreibungen der Fall. In den Ingenieurwissenschaften betrug der Anteil

der Studienanfängerinnen und -anfänger 27 % im Jahr 2018, was einen Anstieg um rund 2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2008 bedeutet. Auf die Geisteswissenschaften und die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften entfielen 2018 jeweils ein Anteil von 11 % der Studienanfängerinnen und -anfänger.

Im Jahr 2018 waren etwas mehr als die Hälfte der Erstsemester (51 %) Frauen. Der Frauenanteil variierte allerdings je nach fachlicher Ausrichtung des Studiums. In den Fächergruppen Geisteswissenschaften und Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (mit jeweils 70 %), Kunst/Kunstwissenschaft (mit 65 %), Rechts-, Wirtschafts- und Sozial-

► **Abb 10 Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulse­mester nach Fächergruppen im Studienjahr 2018**



► **Info 2**

Der Bologna-Prozess

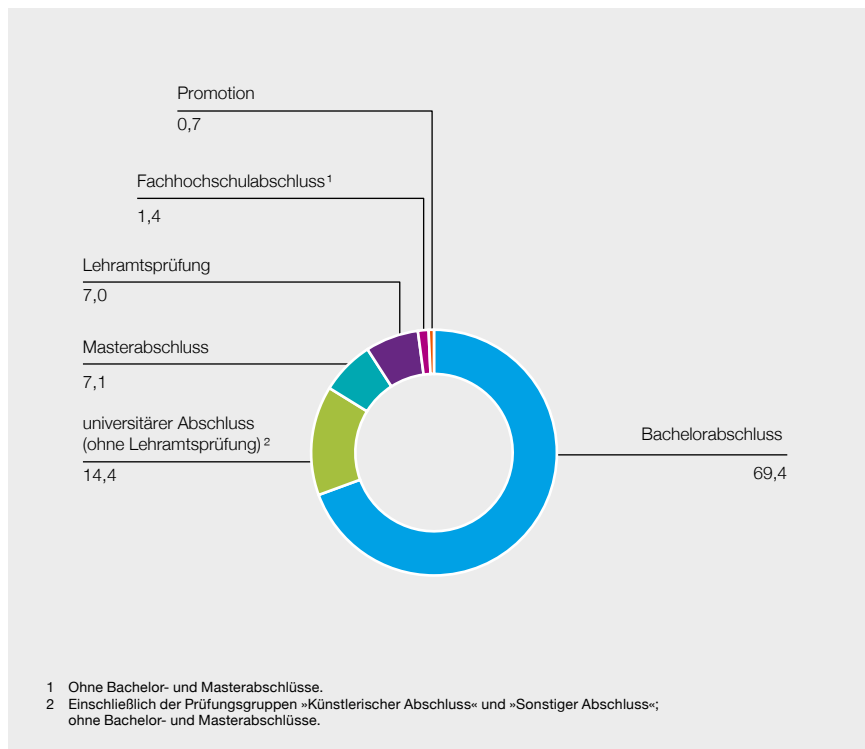
Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsministerinnen und -minister aus 29 europäischen Ländern die sogenannte Bologna-Erklärung zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Wichtigstes Ziel dieses Reformprozesses war die Einführung des zweistufigen Studiensystems mit den Abschlüssen Bachelor und Master, welche die herkömmlichen Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen bis 2010 (bis auf wenige Ausnahmen) ablösen sollten.

wissenschaften (mit 60%) sowie Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften/Veterinärmedizin (mit 59%) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit. In der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 53% nahezu ausgeglichen dar. In der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (25%) waren Studienanfängerinnen hingegen deutlich unterrepräsentiert. ► [Abb 10](#)

Die Umstellung des Studienangebots im Zuge des Bologna-Prozesses zeichnete sich zunächst in den Studienanfängerzahlen ab, setzte sich bei der Zahl der Studierenden fort und wirkte sich zeitverzögert auf die Absolventenzahlen aus. Die Bologna-Reform hat vor allem dazu geführt, dass seit 1999 die traditionellen Diplomabschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen gegenüber den neu eingeführten Bachelor- und Masterabschlüssen kontinuierlich an Bedeutung verloren haben. ► [Info 2](#)

Im Studienjahr 2018 begannen 77% der Studienanfängerinnen und -anfänger ein Bachelor- oder Masterstudium (ohne Lehramts-Bachelor und -Master). Zehn Jahre zuvor waren es rund 69%. Etwa 14% der Erstsemester strebten im Studienjahr 2018 einen universitären Abschluss (zum Beispiel Diplom [Uni], Magister), 7,0% eine Lehramtsprüfung, 1,4% einen Fachhochschulabschluss und 0,7% eine Promotion an. Von den Studienanfängerinnen und -anfängern in Lehramtsstudiengängen studierten 47% die

► **Abb 11 Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulse­mester nach angestrebtem Abschluss im Studienjahr 2018 – in Prozent**



Fächergruppe Geisteswissenschaften, 25 % Mathematik/Naturwissenschaften und 18 % Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. ▶ [Abb 11](#)

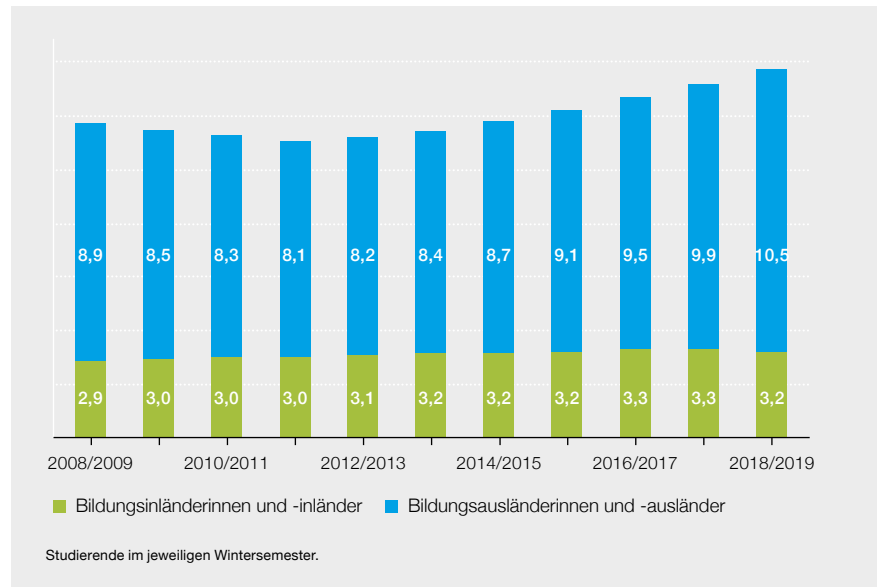
Ausländische Studierende und deutsche Studierende im Ausland

Im Wintersemester 2018/2019 waren an deutschen Hochschulen insgesamt 394 700 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Im Wintersemester 2008/2009 lag der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Studierenden bei 12 %, sank dann leicht ab und erreichte mit 14 % einen neuen Höchststand im Wintersemester 2018/2019. ▶ [Abb 12](#)

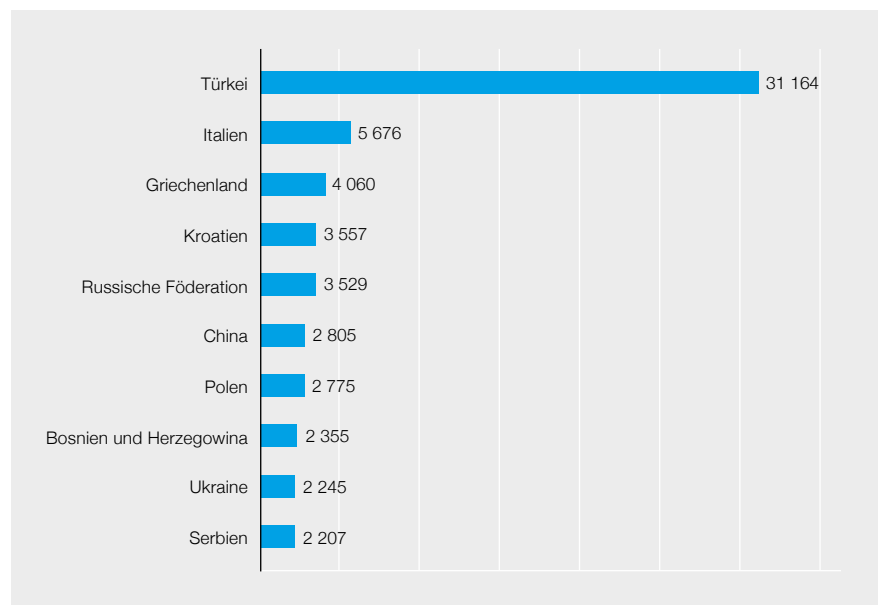
Von den Studierenden mit ausländischer Nationalität waren 23 % sogenannte Bildungsinländerinnen und -inländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben. Hier handelt es sich meist um Kinder von Zuwanderinnen und Zuwanderern, die teilweise bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten haben, sowie Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Bildungsinländerinnen und -inländern bildeten im Wintersemester 2018/2019 Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit (34 %), gefolgt von denen mit italienischer (6 %) und mit griechischer Herkunft (4 %). ▶ [Abb 13](#)

Bei den sogenannten Bildungsausländerinnen und -ausländern handelt es sich um die Gruppe der ausländischen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben hat. Im Wintersemester 2008/2009 betrug der Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer an der Gesamtzahl der Studierenden 8,9 %, sank dann leicht ab und stieg bis zum Wintersemester 2018/2019 wieder auf rund 10,5 % an. Im Wintersemester 2018/2019 studierten 302 200 Bildungsausländerinnen und -ausländer an deutschen Hochschulen, 68 % mehr als im Wintersemester 2008/2009. Die Anteile der Bildungsausländerinnen und -ausländer variierten

▶ **Abb 12** Anteil ausländischer Studierender an den Studierenden insgesamt – in Prozent



▶ **Abb 13** Bildungsinländerinnen und -inländer nach Herkunftsländern im Wintersemester 2018/2019



je nach fachlicher Ausrichtung des Studiums: So studierten im Wintersemester 2018/2019 rund 40 % von ihnen Ingenieurwissenschaften, 25 % Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie jeweils 11 % Geisteswissenschaften be-

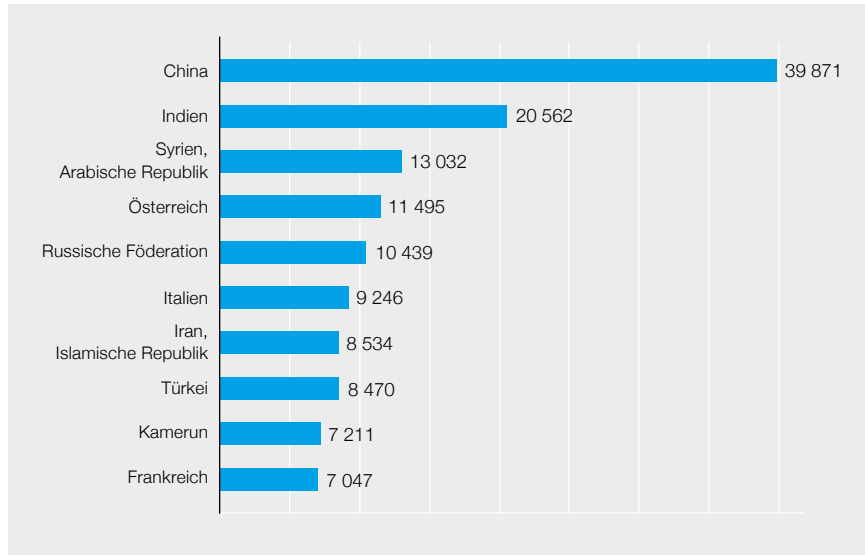
ziehungsweise Mathematik/Naturwissenschaften. Die meisten ausländischen Nachwuchsakademikerinnen und -akademiker kamen aus China (13,2 %), gefolgt von Indien mit 6,8 % und Syrien mit 4,3 %. ▶ [Abb 14](#)

Gleichzeitig besuchen deutsche Studierende auch ausländische Hochschulen; im Jahr 2017 waren es rund 140 400. Das beliebteste Zielland war Österreich mit einem Fünftel aller deutschen Auslands-

studierenden, gefolgt von den Niederlanden (16 %), dem Vereinigten Königreich (11 %), der Schweiz (10 %) und den Vereinigten Staaten (7 %). Jeweils mehr als 10 000 Deutsche studierten 2017 in diesen

Ländern. Der Großteil der deutschen Auslandsstudierenden (69 %) blieb innerhalb der Europäischen Union. ▶ [Abb 15](#)

▶ **Abb 14** Bildungsausländerinnen und -ausländer nach Herkunftsländern im Wintersemester 2018/2019

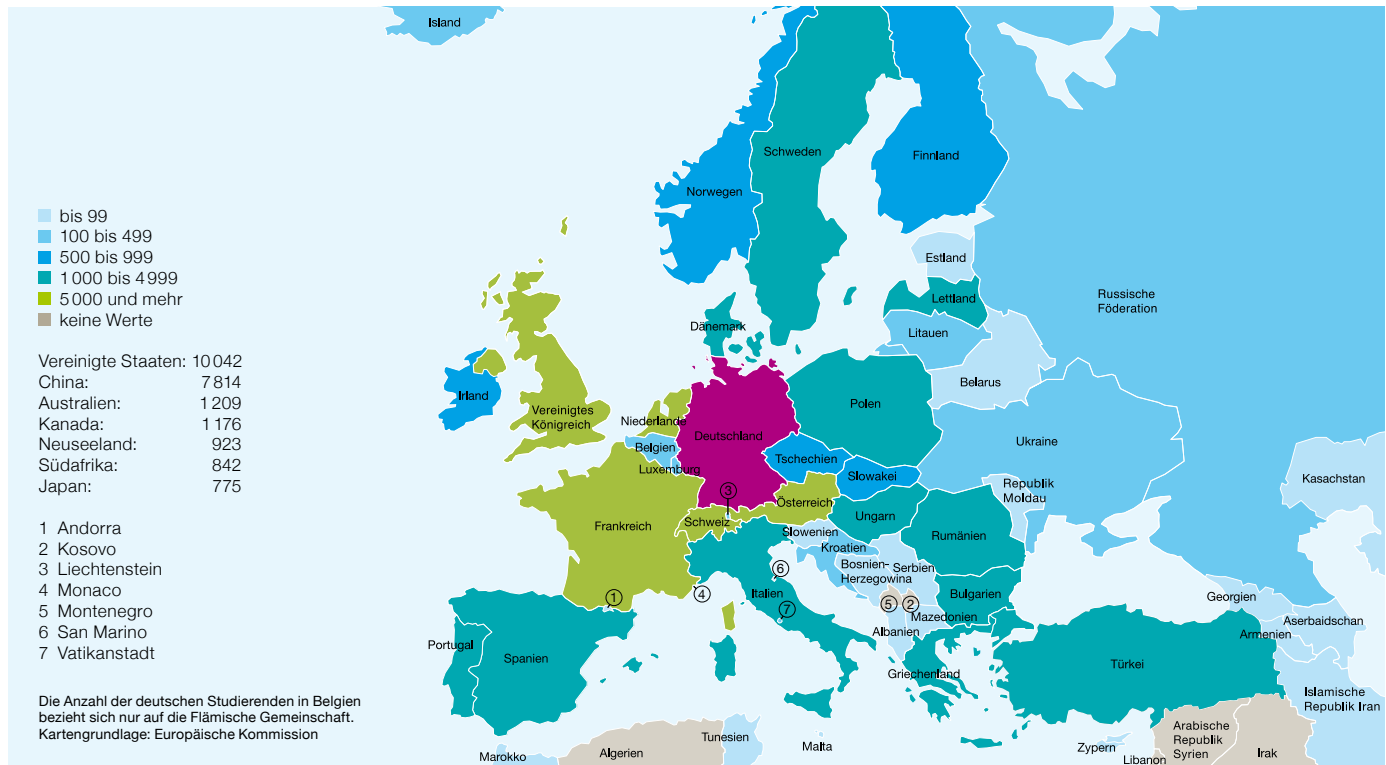


Hochschulabsolventinnen und -absolventen

Zwischen 2008 und 2018 stieg die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen an Hochschulen – auch aufgrund der Bologna-Reform – stetig an. Der bisherige Höchststand wurde mit 501 700 Prüfungen im Jahr 2017 erreicht; im Jahr 2018 ging die Zahl leicht zurück auf 498 700. Etwas mehr als die Hälfte (51 %) der im Jahr 2018 bestandenen Hochschulabschlüsse wurden von Frauen erworben.

Von den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2018 erwarben 50 % einen Bachelorabschluss und weitere 28 % einen Masterabschluss. Eine Lehramtsprüfung legten 9,1 % ab und 6,0 % verließen die Hochschule mit einem anderen universitären Abschluss. Den Dokortitel erlangten 5,6 % der Absolventinnen und Absolventen und 1,4 % einen traditionellen Fachhochschulabschluss. ▶ [Tab 6](#)

▶ **Abb 15** Deutsche Studierende im Ausland nach Studienland 2017



Das mittlere Alter (Median) der Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die 2018 ihr Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, lag bei 24 Jahren. Die Studiendauer ist abhängig von der Art des erworbenen akademischen Grades. Bei Bachelorabschlüssen betrug die mittlere Fachstudiendauer 7,1 Semester im Prüfungsjahr 2018. Das Masterstudium baut auf ein vorangegangenes Studium – in der Regel ein Bachelorstudium – auf. Für einen Masterabschluss benötigten Studierende 2018, einschließlich der im vorangegangenen Studium verbrachten Semester, eine durchschnittliche Gesamtstudiendauer von 12,1 Semestern. Im Vergleich dazu betrug die mittlere Gesamtstudiendauer bei Universitätsdiplomen und vergleichbaren Abschlüssen 12,7 Semester. ▶ [Info 3](#)

Finanzielle Ressourcen

Die Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben im Jahr 2017 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung insgesamt 54,1 Milliarden Euro aus. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen. Die Fächerstruktur bestimmt in besonderem Maße die Hochschulausgaben: So entfielen rund 46 % auf die medizinischen Einrichtungen (einschließlich zentraler Einrichtungen der Hochschulkliniken). Der Anteil der eingeschriebenen Studierenden in Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften betrug im Wintersemester 2017/2018 aber nur 6,2 % der Studierenden insgesamt. Demgegenüber war im gleichen Zeitraum in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Geisteswissenschaften zusammen etwa die Hälfte (rund 49 %) aller Studierenden eingeschrieben. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben im Hochschulbereich betrug allerdings lediglich 11 %.

Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt durch Trägermittel, Verwaltungseinnahmen (beispielsweise Einnahmen aus Krankenbehandlungen, Beiträge der Studierenden) sowie durch Drittmittel,

die primär für Forschungszwecke erworben werden. Seit 2008 sind die Drittmiteleinnahmen von rund 4,9 Milliarden Euro auf 7,9 Milliarden Euro gestiegen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Trägermittel um rund 40 % (von 18,1 Milliarden Euro auf 25,3 Milliarden Euro).

Bei den laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Einrichtungsträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur

Verfügung stellt. Im Jahr 2017 betragen die laufenden Ausgaben (Grundmittel) an deutschen Hochschulen durchschnittlich 7 300 Euro je Studierenden.

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden waren in den Fächergruppen unterschiedlich. Sie differierten im Jahr 2017 zwischen 4 300 Euro je Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zu 19 200 Euro je Studierenden der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften. ▶ [Abb 16](#)

▶ **Tab 6 Bestandene Prüfungen an Hochschulen – in Tausend**

	Ins-gesamt	Darunter					
		universitärer Abschluss ¹	Promotionen	Lehramtsprüfungen	Fachhochschulabschluss ²	Bachelorabschluss	Masterabschluss
2008	309	112	25	33	83	40	17
2013	436	64	28	42	17	207	78
2016	492	35	29	44	10	250	124
2017	502	32	28	44	8	252	136
2018	499	30	28	45	7	247	141

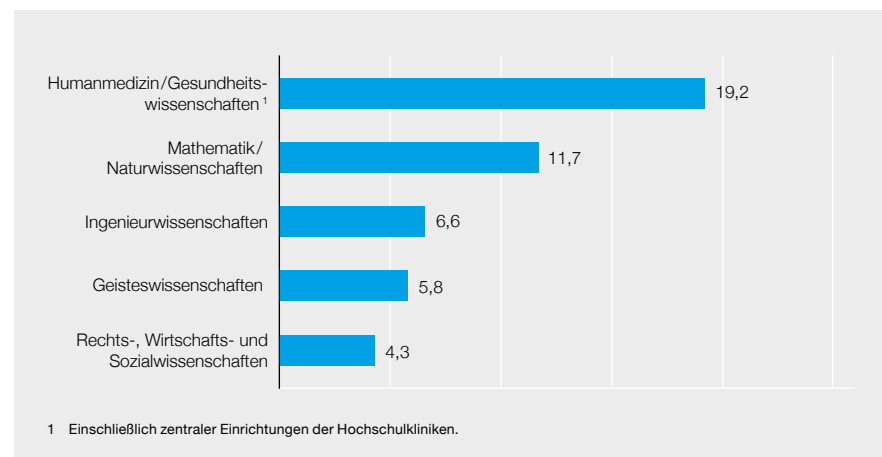
1 Einschließlich der Prüfungsgruppen »Künstlerischer Abschluss« und »Sonstiger Abschluss«; ohne Lehramts-, Bachelor- und Masterabschlüsse.

2 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

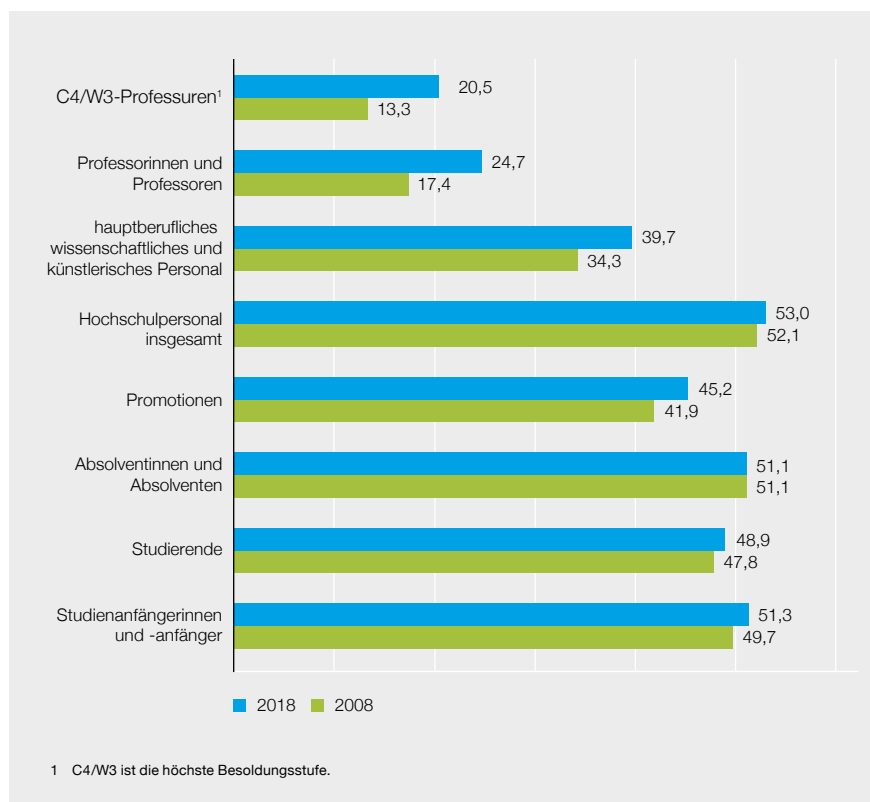
▶ **Info 3** **Median**

Der Median, auch Zentralwert, bezeichnet die Grenze zwischen zwei Hälften. Er wird ohne aufwendiges Rechnen gefunden, denn er ist der Wert genau in der Mitte der Daten, wenn diese der Größe nach geordnet sind. Er ist unempfindlich gegenüber »Ausreißern«, auf die das arithmetische Mittel stark reagiert. Deshalb ist er bei sehr ungleichen Verteilungen, wie Einkommensverteilungen, oft der am besten geeignete Mittelwert.

▶ **Abb 16 Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden nach Fächergruppen 2017 – in Tausend Euro**



► **Abb 17** Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn – in Prozent



Frauen auf der akademischen Karriereleiter

Die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung ist nach wie vor ein wichtiges Thema in der deutschen Bildungspolitik. Auf den ersten Blick scheinen die Barrieren für den Zugang junger Frauen zur akademischen Ausbildung abgebaut: Jeweils etwas mehr als die Hälfte (51 %) der Studierenden im ersten Hochschulsesemester und der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen im Jahr 2018 waren Frauen. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab. Während im Jahr 2018 bereits 45 % aller Dokortitel von

Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen bei 32 %.

Rund 53 % der im Jahr 2018 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren Frauen, was in etwa dem Frauenanteil (51 %) an der Gesamtbevölkerung entspricht. Im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings immer noch unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 40 %. In der Professorenschaft ist der Frauenanteil traditionell niedrig. In den vergangenen zehn Jahren ist er aber deutlich angestiegen und erreichte 2018 mit 25 % seinen bisherigen Höchststand. In den bestbezahlten Besoldungsstufen (C4 und W3) lag der Anteil der Professorinnen bei 20 %. ► [Abb 17](#)

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass sich selbst ein starker An-

stieg des Frauenanteils bei den Hochschulabschlüssen zunächst nicht direkt auf den Anteil bei den Habilitationen oder Professuren auswirkt, da der Erwerb von akademischen Abschlüssen sehr zeitintensiv ist. So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zur Professorin beziehungsweise zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre.

3.1.5 Bildungsförderung

Um die Chancengleichheit der Bildungsteilnahme zu erhöhen, hat der Staat verschiedene Förderprogramme geschaffen. Bei den zahlenmäßig bedeutsamsten Förderungen handelt es sich um Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). ► [Info 4](#)

Förderung für Schülerinnen und Schüler

Im Jahr 2018 erhielten insgesamt 209 000 Schülerinnen und Schüler BAföG. Rund 113 000 von ihnen besuchten Berufsfachschulen und 23 000 von ihnen Fachschulen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Weitere 46 000 der geförderten Schülerinnen und Schüler waren auf allgemeinbildenden Schulen. Seit 2008 ist die Zahl der geförderten Schülerinnen und Schüler um 33 % gesunken. Zu beachten ist hierbei, dass in diesem Zeitraum Schätzungen zufolge die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler ab 15 Jahren, die ohne Betrachtung der Einkommens- und Vermögenssituation förderfähig wären, um 19 % zurückging. Der Anteil der geförderten Schülerinnen und Schüler an der förderfähigen Schülerschaft verringerte sich von 10 auf 9 %. Insgesamt wendete der Bund im Jahr 2018 rund 705 Millionen Euro für das »Schüler-BAföG« auf. Den Förderhöchstbetrag bekamen 69 % der geförderten Schülerinnen und Schüler, während ein knappes Drittel eine Teilförderung erhielt. Der durchschnittliche Förderbetrag ist im Zehnjahresvergleich um insgesamt 41 % auf eine monatliche Förderhöhe von 454 Euro angestiegen. ► [Abb 18, Tab 7](#)

► Info 4

Ausbildungsförderung – BAföG

Die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist eine staatliche finanzielle Unterstützung für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende. Sie ermöglicht Personen, unabhängig von ihrer familiären Herkunft einer Ausbildung nach eigener Neigung, Eignung und Leistung nachzugehen. Seit 2015 finanziert allein der Bund die Förderung.

Schülerinnen und Schüler, die berufsqualifizierende Abschlüsse oder weiterführende Schulabschlüsse erreichen möchten, können Leistungen nach BAföG (»Schüler-BAföG«) beantragen. Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen können ab der 10. Klasse eine Förderung erhalten, wenn sie aus zwingenden Gründen nicht mehr bei ihren Eltern wohnen. Die Leistungen für Schülerinnen und Schüler werden vollständig als Zuschuss gewährt.

Studierende an Hochschulen und an einigen Akademien können Leistungen beantragen. Diese werden je zur Hälfte in Form eines Zuschusses und eines unverzinslichen Darlehens gezahlt. In bestimmten Fällen wird lediglich ein verzinsliches Darlehen gewährt, beispielsweise als Hilfe zum Erreichen des Studienabschlusses nach Ende der Förderungshöchstdauer.

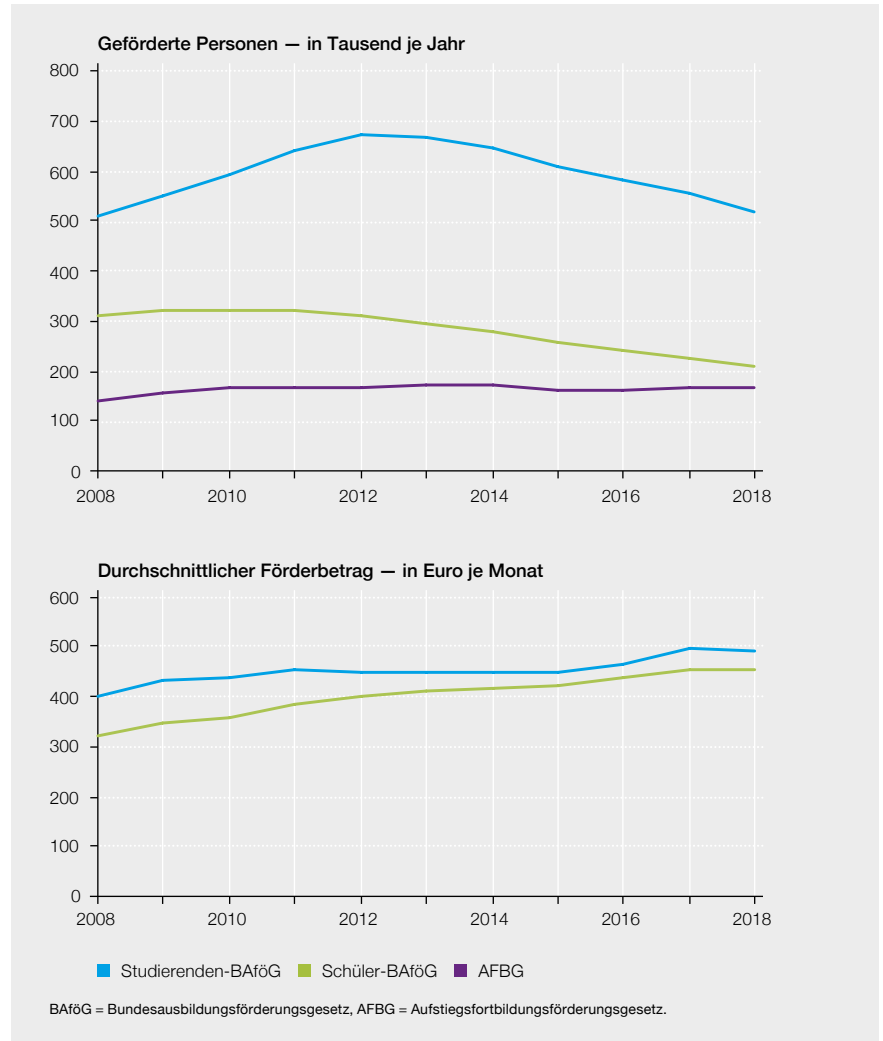
Die Bedarfssätze des BAföG bilden die Grundlage der Förderhöhe. Sie wird in Abhängigkeit zur Ausbildungsform und zu persönlichen sowie finanziellen Lebensumständen berechnet. Dadurch ist es möglich, entweder eine Vollförderung – also den maximalen Betrag – oder eine Teilförderung zu erhalten.

Aufstiegsförderung – »Aufstiegs-BAföG«

Die 1996 eingeführte Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) soll Nachwuchskräften bei der Finanzierung von Weiterbildungen für einen beruflichen Fortbildungsabschluss helfen. Eine Förderung (»Aufstiegs-BAföG«) können Personen erhalten, die an Fortbildungen öffentlicher und privater Träger in Voll- oder Teilzeit teilnehmen. Die Fortbildungen müssen mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und fachlich gezielt auf öffentlich-rechtliche Prüfungen nach dem Berufsbildungsgesetz, der Handwerksordnung oder auf gleichwertige Abschlüsse nach Bundes- oder Landesrecht vorbereiten.

Das »Aufstiegs-BAföG« wird zu 40 % als Zuschuss gewährt, zu dem zusätzlich ein zinsgünstiges Darlehen beantragt werden kann. Die Finanzierung umfasst unabhängig vom Einkommen und Vermögen vor allem die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren und die Materialkosten für Meisterprüfungsprojekte. Zusätzlich können Personen in Vollzeitmaßnahmen Unterhaltsförderungen in Abhängigkeit vom eigenen Einkommen und Vermögen erhalten.

► Abb 18 Durchschnittliche Gefördertenzahlen und Förderbetrag



► Tab 7 Bildungsförderung

	2018	2008
Schüler-BAföG		
Geförderte je Jahr	209 057	311 876
Finanzieller Aufwand in 1 000 Euro ¹	705 184	741 180
Durchschnittlicher Förderbetrag in Euro je Monat	454	321
Studierenden-BAföG		
Geförderte je Jahr	517 675	510 409
Finanzieller Aufwand in 1 000 Euro ¹	2 001 732	1 590 638
Durchschnittlicher Förderbetrag in Euro je Monat	493	398
AFBG		
Geförderte je Jahr	167 094	139 520
Finanzieller Aufwand in 1 000 Euro ¹	665 933	381 658
Durchschnittlicher Förderbetrag in Euro je Monat	1 312	695

BAföG = Bundesausbildungsförderungsgesetz, AFBG = Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz.
1 Darlehen und Zuschuss.

Förderung für Studierende

Im Jahr 2018 wurden rund 518 000 Studierende durch BAföG gefördert. Darunter waren 343 000 an Universitäten und 170 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. Die Anzahl der geförderten Studierenden ist von 2008 auf 2012 deutlich angestiegen (+ 31 %), war aber seitdem um 23 % rückläufig. Die Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit eines Erst- oder konsekutiven Masterstudiums, die ohne Betrachtung der Einkommens- und Vermögenssituation förderfähig wären, ist Schätzungen zufolge in den letzten zehn Jahren um 37 % gestiegen. Der Anteil der BAföG-geförderten Studierenden an allen förderfähigen Studierenden in der Regelstudienzeit ging von 38 auf 28 % zurück. Insgesamt wurden 2018 vom Bund für die Studierendenförderung 2 Milliarden Euro aufgewendet. Rund 58 % aller geförderten Studierenden erhielten eine Teilförderung. Eine Vollförderung bekamen rund 42 % der Unterstützten. Seit 2008 gab es vier BAföG-Änderungsgesetze, die unter anderem Erhöhungen der Bedarfssätze und der (Eltern-)Einkommensfreibeträge beinhalteten. In diesen zehn Jahren stieg die durchschnittliche Förderhöhe je Monat von 398 auf 493 Euro im Jahr 2018 an.

Aufstiegsfortbildungsförderung

Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurden im Jahr 2018 für insgesamt 167 000 Personen bewilligt. Darunter waren rund 37 % Frauen und 63 % Männer. Von den geförderten Frauen absolvierten 55 % ihre Fortbildung in Vollzeit und 45 % in Teilzeit. Von den unterstützten Männern besuchten 48 % eine Vollzeit- und 52 % eine Teilzeitfortbildung. Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahre alt. Die häufigsten geförderten Fortbildungsberufe waren bei den Männern im Jahr 2018 Industriemeister Metall, gefolgt vom staatlich geprüften Maschinenbautechniker und staatlich geprüften Elektro-Techniker. Von allen geförderten Frauen ließen sich die meisten zur staatlich anerkannten Erzieherin, zur geprüften Wirtschaftsfach-

wirtin und zur geprüften Bilanzbuchhalterin fortbilden. Der finanzielle Aufwand betrug 2018 insgesamt 666 Millionen Euro (davon 42 % Zuschüsse und 58 % Darlehen). Im Vergleich zu 2008 hat sich der finanzielle Aufwand um 75 % erhöht.

3.1.6 Bildungsniveau der Bevölkerung

Daten zum Bildungsstand der Bevölkerung werden jährlich mittels des Mikrozensus, der größten Haushaltsbefragung Deutschlands, gewonnen (siehe Kapitel 2.1, Seite 52, Info 1).

Mehr als die Hälfte (56 %) der Bevölkerung ab 25 Jahren hatte 2018 einen höherwertigen Schulabschluss (mittlerer Abschluss, Fachhochschul- oder Hochschulreife). Demnach besaßen 23 % einen mittleren Abschluss und ein knappes Drittel (32 %) Fachhochschul- oder Hochschulreife. Unter den 25- bis 29-Jährigen

konnten 80 % einen solchen Abschluss vorweisen (27 % mittleren Abschluss, 53 % Abitur oder Fachhochschulreife). Von den Personen ab 60 Jahren hatten hingegen lediglich 16 % einen mittleren Abschluss und 20 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. ▶ Tab 8

Als höchsten beruflichen Bildungsabschluss hatten im Jahr 2018 rund 52 % der Bevölkerung ab 25 Jahren einen Ausbildungsabschluss im dualen System oder einen vergleichbaren Abschluss. Über akademische Abschlüsse verfügten 20 % der Bevölkerung und 9,8 % über einen Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluss beziehungsweise einen Fachschulabschluss der ehemaligen DDR. Gut 17 % waren ohne beruflichen Abschluss und befanden sich auch nicht in Ausbildung. Weitere 1,0 % der Bevölkerung ab 25 Jahren befanden sich noch in schulischer oder beruflicher Bildung. ▶ Tab 9

Bildungsstand von Personen mit Migrationshintergrund nach Zuzugsalter

Der Bildungsstand von Erwachsenen (ab 25 Jahren) mit Migrationshintergrund unterscheidet sich je nach Zuzugsalter oder Herkunftsland. Unter den Menschen, die im Alter von 19 Jahren und älter zugezogen sind, fanden sich 2018 rund 23 % Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Damit war dieser Anteil höher als unter den Menschen ohne Migrationshintergrund (20 %).

Mit 32 % ist der Anteil der Akademikerinnen und Akademiker unter den Menschen, die im Alter von 19 Jahren und älter aus den ursprünglichen EU-15-Staaten zugewandert sind, besonders hoch (EU-Staaten siehe Kapitel 1.1, Seite 24, Abb 9). Bei Menschen aus den ab 2004 beigetretenen EU-Staaten fällt

der Anteil mit 18 % hingegen niedriger aus. Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden und somit Bildungseinrichtungen in Deutschland besuchten, erreichten hingegen zu einem deutlich geringeren Anteil von 16 % einen Hochschulabschluss.

Ein anderes Bild zeigt sich bei Erwachsenen ohne Berufsabschluss. Im Jahr 2018 lag dieser Anteil bei Menschen mit Migrationshintergrund, die im Alter von 19 Jahren und älter zugewandert sind, mit 41 % deutlich über dem Anteil derjenigen ohne Migrationshintergrund mit 13 %. Von den Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, wiesen 28 % keinen beruflichen Abschluss auf.

► Tab 8 Allgemeinbildender Schulabschluss der Bevölkerung 2018

	Insgesamt ¹	Noch in schulischer Ausbildung	Mit allgemeinbildendem Schulabschluss					Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss ²
			Haupt-(Volks-)schulabschluss	Abschluss der Polytechnischen Oberschule	mittlerer Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
Im Alter von ... bis ... Jahren								
in 1 000								
25–29	5 095	19	790	–	1 377	2 688	22	185
30–39	10 474	13	1 915	–	3 152	4 891	27	451
40–49	10 606	7	2 354	757	3 017	3 962	16	471
50–59	13 459	/	3 702	1 807	3 346	4 068	15	498
60 und älter	22 712	/	11 308	2 099	3 687	4 618	21	939
Zusammen	62 348	46	20 070	4 663	14 579	20 227	100	2 544
in %								
25–29	100	0	16	–	27	53	0	4
30–39	100	0	18	–	30	47	0	4
40–49	100	0	22	7	28	37	0	4
50–59	100	/	28	13	25	30	0	4
60 und älter	100	/	50	9	16	20	0	4
Zusammen	100	0	32	7	23	32	0	4

1 Einschließlich 118 000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2 Einschließlich Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

– Nichts vorhanden.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Datenbasis: Mikrozensus

► Tab 9 Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung 2018

	Insgesamt ¹	Mit beruflichem Bildungsabschluss ²						Ohne beruflichen Bildungsabschluss ³	Davon	
		Lehre/Berufsausbildung im dualen System ⁴	Fachschulabschluss ⁵	Bachelor	Master	Diplom ⁶	Promotion		in schulischer oder beruflicher Bildung	nicht in schulischer oder beruflicher Bildung
Im Alter von ... bis ... Jahren										
in 1 000										
25–29	5 095	2 163	413	597	361	302	13	1 226	485	741
30–39	10 474	4 737	951	618	542	1 646	172	1 769	128	1 641
40–49	10 606	5 473	1 024	145	117	1 896	177	1 724	21	1 703
50–59	13 459	7 518	1 518	63	47	2 141	191	1 929	/	1 925
60 und älter	22 712	12 356	2 187	37	25	3 006	282	4 731	/	4 730
Zusammen	62 348	32 247	6 093	1 461	1 092	8 991	835	11 379	639	10 741
in %										
25–29	100	42,5	8,1	11,7	7,1	5,9	0,3	24,1	9,5	14,5
30–39	100	45,2	9,1	5,9	5,2	15,7	1,6	16,9	1,2	15,7
40–49	100	51,6	9,7	1,4	1,1	17,9	1,7	16,3	0,2	16,1
50–59	100	55,9	11,3	0,5	0,3	15,9	1,4	14,3	/	14,3
60 und älter	100	54,4	9,6	0,2	0,1	13,2	1,2	20,8	/	20,8
Zusammen	100	51,7	9,8	2,3	1,8	14,4	1,3	18,3	1,0	17,2

1 Einschließlich 188 000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben sowie 62 000 Personen ohne Angabe zur Art des Abschlusses.

2 Abschlüsse an Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen) und Hochschulen werden nach ihrem Grad (Bachelor, Master, Diplom) unterschieden.

Die bisher unter »Fachschulabschluss« enthaltenen akademischen Abschlüsse an Berufsakademien werden ebenfalls Bachelor, Master und Diplom zugeordnet.

3 Einschließlich Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

4 Einschließlich gleichwertiger Berufsfachschulabschluss, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie 277 000 Personen mit Anlernausbildung.

5 Einschließlich Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.

6 Einschließlich Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

/ Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Datenbasis: Mikrozensus

Heute werden die Angebote der allgemeinbildenden Schulen von Frauen und Männern gleichermaßen wahrgenommen, sodass bei der jüngeren Generation mittlerweile mehr Frauen als Männer einen höheren Schulabschluss erwerben. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen hatten im Jahr 2018 knapp 50 % der Männer und 56 % der Frauen Abitur oder die Fachhochschulreife.

3.1.7 Bildungsbudget

Das Bildungsbudget bildet die im Bildungssystem verfügbaren finanziellen Ressourcen ab. Aufgrund ihres großen Einflusses auf die Gestaltung der Bildungsprozesse stellen die Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und die Mittelherkunft wichtige Aspekte in der bildungspolitischen Diskussion dar. ▶ Info 5

Im Jahr 2018 lag das Bildungsbudget nach vorläufigen Berechnungen bei 218 Milliarden Euro und damit um 39 % über dem Wert von 2008 (157 Milliarden Euro). Gegenüber dem Vorjahr stieg das Bildungsbudget nach vorläufigen Berechnungen von 210 Milliarden Euro um 3,8 % an. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurden 2008 noch 6,2 % des BIP für Bildung ausgegeben. Bis 2010 stieg dieser Anteil auf 6,8 %. Aufgrund eines stärkeren BIP-Wachstums stagniert der Anteil der Bildungsausgaben am BIP seit 2014 jedoch wieder auf einem Niveau von rund 6,5 %.

Der größte Teil des Bildungsbudgets floss mit 46 % (101 Milliarden Euro) nach vorläufigen Berechnungen für das Jahr 2018 in die Schulen und den schulnahen Bereich. Zweitgrößter Ausgabenbereich war mit 42 Milliarden Euro (19 %) der Tertiärbereich. Für die Betreuung von Kindern in Einrichtungen des Elementarbereichs wurden weitere 32 Milliarden Euro (15 %) ausgegeben. Zu den Bereichen siehe Abbildung 1, Seite 102. ▶ Abb 19

Die Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für Nachhilfe-

▶ Info 5

Wie setzen sich die Ausgaben im Rahmen des Bildungsbudgets zusammen?

Sie umfassen die Ausgaben für das formale Bildungssystem nach der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED 2011). Dazu zählen direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen, Ausgaben für Bildungsdienste und -güter außerhalb von Bildungseinrichtungen sowie Ausgaben für die Förderung der Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen.

Bei den direkten Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Hochschulen) handelt es sich um Ausgaben für das Lehr- und sonstige Personal, für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, für den Unterhalt sowie den Bau von Schulgebäuden und für andere Investitionsgüter. Entsprechend internationaler Konventionen enthalten die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen auch die Ausgaben an Hochschulen für Forschung und Entwicklung.

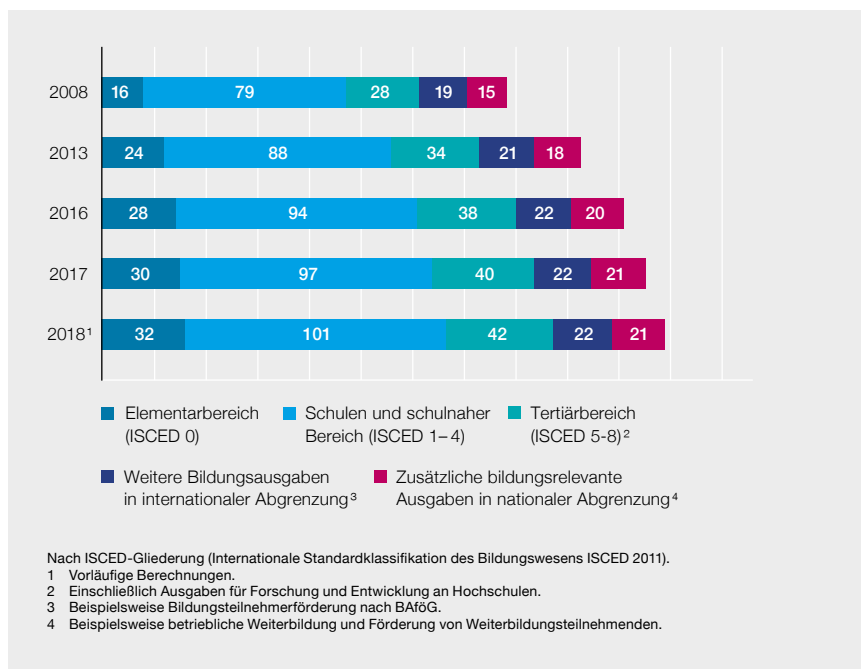
Bei den übrigen Ausgaben nach internationaler Abgrenzung handelt es sich beispielsweise um Ausgaben, die von den Lernenden zur Vorbereitung, zum Besuch und zur Nachbereitung des Unterrichts geleistet werden (wie Nachhilfeunterricht, Anschaffung von Büchern, Taschenrechnern und Schreibwaren) sowie um Ausgaben zur Förderung von Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen, beispielsweise das BAföG.

Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung

Sie umfassen Ausgaben für nicht formale Bildungseinrichtungen wie Horte, betriebliche Weiterbildungskurse, die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen, Volkshochschulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung sowie der Jugendarbeit.

Das Bildungsbudget basiert auf der Auswertung zahlreicher Datenquellen und Erhebungen. Die wichtigsten sind dabei die Finanzstatistiken der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen).

▶ Abb 19 Bildungsbudget nach Bildungsbereichen – in Milliarden Euro



unterricht, Lernmittel und dergleichen betragen 2018 insgesamt rund 19 Milliarden Euro (8,9 %). Für die betriebliche Weiterbildung wurden 11 Milliarden Euro

(5,1 %) aufgewendet und eine weitere Milliarde Euro (0,5 %) für die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen.

3.2 Weiterbildung*

*Überarbeitung der Version, die 2018 von Reinhard Pollak erstellt wurde.

Martin Ehlert

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)

WZB/SOEP

Für viele Menschen in Deutschland und Europa werden der Alltag und das Berufsleben zunehmend komplex. Die sich rasant entwickelnde Digitalisierung und die weiter voranschreitende Internationalisierung machen die Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben anspruchsvoller. Das einst erlernte Wissen reicht in vielen Bereichen nicht mehr aus, um mit den gestiegenen Anforderungen Schritt halten zu können. Der Schlüssel für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe liegt in einer kontinuierlichen Weiterbildung im Sinne der Idee des lebenslangen Lernens. Dies gilt aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung mehr denn je auch für Menschen jenseits des Rentenalters. Doch wie viele Menschen in Deutschland nehmen an Weiterbildung teil? Welche Personen bilden sich häufig weiter, welche mitunter gar nicht? Aus welchen Gründen nehmen die Menschen an Weiterbildung teil und wer bietet sie an? Bevor in diesem Kapitel auf die einzelnen Entwicklungen eingegangen wird,

gilt es zunächst zu klären, was überhaupt unter Weiterbildung oder lebenslangem Lernen verstanden wird.

Die in der Forschung verwendete Definition von Weiterbildung ist weiter gefasst als das, was in Deutschland zumeist im Alltag darunter verstanden wird. Hierzulande wird Weiterbildung oft verstanden als »die Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase und in der Regel nach Aufnahme einer Erwerbs- oder Familientätigkeit« (Definition der Kultusministerkonferenz 2001). Im internationalen Kontext hat sich hingegen ein Begriff durchgesetzt, der drei verschiedene Lernaktivitäten umfasst: Formales Lernen meint Lernaktivitäten im Rahmen des üblichen Bildungssystems, an deren Ende eine formale Qualifikation steht, etwa ein Schul- oder Berufsabschluss oder ein Meister- oder Technikerabschluss. Formales Lernen ist daher abschlussbezogen. Nonformales Lernen findet außerhalb von Schulen und Hoch-

► Info 1

Datenquellen für die Weiterbildungsforschung

Der **Adult Education Survey (AES)** ist eine repräsentative Querschnittsbefragung im zweijährigen Rhythmus. Darin wird eine Stichprobe der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung in Deutschland zu deren Lernaktivitäten in den letzten zwölf Monaten befragt. Außerdem beinhaltet die Befragung soziodemografische Daten und weitere Themen, die das Lernverhalten von Erwachsenen und ihre Lernumwelten beschreiben. In Deutschland gibt es inzwischen sechs AES-Erhebungen (2007, 2010, 2012, 2014, 2016 und 2018). Neben den deutschen Daten gibt es für die Jahre 2007, 2011 und 2016 vergleichbare AES-Erhebungen in zuletzt 35 EU- und Nicht-EU-Ländern. Die deutschen Mikrodaten sind über GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften verfügbar, die europäischen Mikrodaten sowie deskriptive Statistiken über das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat).

Das **Nationale Bildungspanel (NEPS)** ist eine Längsschnittstudie, die Bildungsprozesse und Kompetenzen über die gesamte Lebensspanne erhebt. Zu diesem Zweck wurden repräsentative Stichproben aus verschiedenen Geburtskohorten gezogen und jedes Jahr im Rahmen von Panelstudien wieder befragt. Für die Weiterbildungsforschung ist die Startkohorte Erwachsene (SC6) der NEPS-Studie besonders interessant. Die Befragten kommen aus den Jahrgängen 1944 bis 1986 und waren somit im Jahr 2020 zwischen 34 und 76 Jahre alt. Seit 2009 wurden die Erwachsenen in dieser Startkohorte jährlich zu ihrem Lernverhalten und weiteren Themen befragt. Im Mai 2020 wurde darüber hinaus eine Kurzbefragung zu den Auswirkungen der Coronapandemie durchgeführt. Die Mikrodaten sind über das Forschungsdatenzentrum des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe (IfBi) verfügbar.

Diese Arbeit nutzt Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS): Startkohorte Erwachsene doi:10.5157/NEPS:SC6:11.0.0 sowie Konsortialdaten der Zusatzerhebung zur Coronapandemie Corona_CAWI_C2, die noch nicht als Scientific-Use-File vorliegen. Die Daten des NEPS wurden von 2008 bis 2013 als Teil des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung erhoben, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wurde. Seit 2014 wird NEPS vom Leibniz-Institut für Bildungsverläufe an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg in Kooperation mit einem deutschlandweiten Netzwerk weitergeführt.

schulen statt. Es gibt dabei aber eine klar strukturierte Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden. Beispiele sind Kurse und Lehrgänge, Schulungen, Seminare oder auch Privatunterricht. Falls es ein Zertifikat für die Teilnahme gibt, ist dies kein allgemein anerkannter Bildungsabschluss. Informelles Lernen schließlich umfasst alle absichtsvollen Lerntätigkeiten, bei denen es keine klare Lehrenden/Lernenden-Beziehung und keine klare Kursstruktur gibt, etwa beim Lesen von Fachbüchern, beim Austausch mit Kolleginnen und Kollegen oder bei der Nutzung von Lernprogrammen. Bei dieser Lernform erfolgt die Aneignung des Wissens also selbstgesteuert.

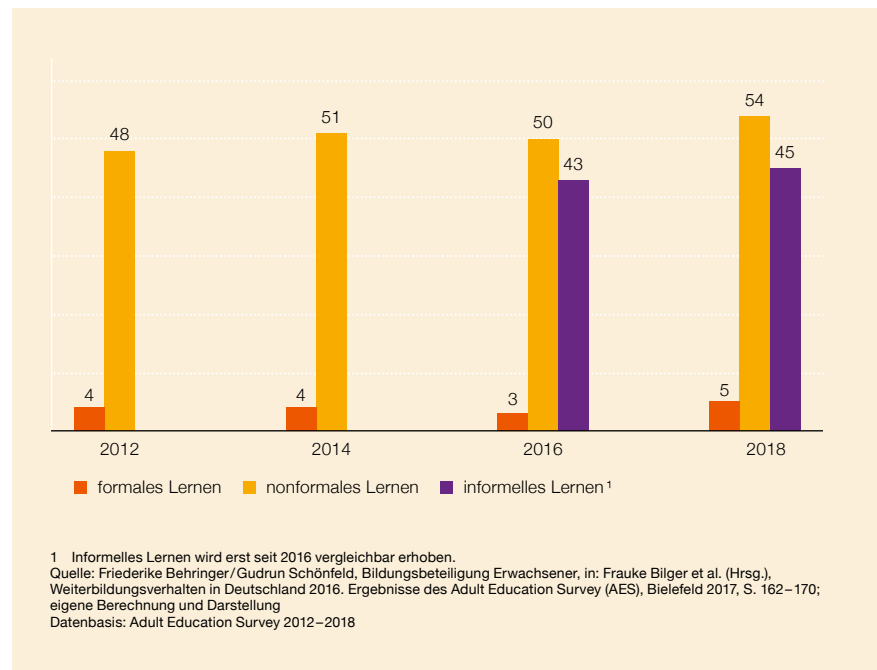
Auch in Deutschland wird die Unterscheidung zwischen formalem, nonformalem und informellem Lernen zunehmend wichtiger in der Berichterstattung zu Weiterbildung. Daher werden im Folgenden diese drei Lernformen für Erwachsene dargestellt.

Die Bildungsbeteiligung von Erwachsenen findet in sehr unterschiedlichen Kontexten statt, unter anderem in Betrieben, in Meisterschulen, Hochschulen, Volkshochschulen oder bei privaten Weiterbildungsanbietern. Die Erfassung von Weiterbildungsaktivitäten kann daher – anders als bei der Erstausbildung – nicht über Bildungsstatistiken von Schulen oder Hochschulen erfolgen. Üblicherweise werden in Bevölkerungsumfragen die Menschen direkt danach gefragt, ob sie in den vergangenen zwölf Monaten an formalem, nonformalem oder informellem Lernen teilgenommen haben. Für Deutschland gibt es zwei wichtige Datenquellen hierfür: den Adult Education Survey (AES) und das Nationale Bildungspanel (NEPS). ▶ [Info 1](#)

3.2.1 Teilnahme an Weiterbildung

Die Auswertungen des Adult Education Survey (AES) zeigen, dass Weiterbildung in allererster Linie über Kurse, Lehrgänge und selbst gesteuertes Lernen stattfindet und kaum über formale Weiterbildungen, die zu zusätzlichen Bildungszertifikaten führen. Im Jahr 2018 nah-

▶ **Abb 1** Beteiligung von 25- bis 64-Jährigen an formalem, nonformalem und informellem Lernen in Deutschland 2012–2018 – in Prozent



men nur 5 % der 25- bis 64-Jährigen in Deutschland an formalem Lernen teil. Mehr als die Hälfte dieser Altersgruppe (54 %) besuchte im Jahr 2018 hingegen nonformale Kurse. Auch informelles Lernen war weit verbreitet. Im Jahr 2018 gab fast jede/jeder Zweite (43 %) an, sich an informellen Lernaktivitäten beteiligt zu haben. ▶ [Abb 1](#)

Im Zeitverlauf zeigt sich bei allen drei Lernformen seit 2012 ein leichter Aufwärtstrend bei der Teilnahme – lebenslanges Lernen wird also für immer mehr Menschen in Deutschland zur gelebten Praxis. Am deutlichsten wird dies bei der nonformalen Weiterbildung. Verglichen mit 2012 stieg hier die Teilnahmequote bis 2018 um 6 Prozentpunkte. Auch die Teilnahmequote an der formalen Weiterbildung war 2018 leicht höher als 2012. Allerdings schwanken die Zahlen hier stärker über die Zeit. Die Teilnahme an informeller Weiterbildung wurde erst ab 2016 vergleichbar erhoben. Allerdings zeichnet sich auch hier eine stärkere Beteiligung über die Jahre ab.

Wie ungleich ist die Weiterbildungsteilnahme in der Bevölkerung verteilt? Gibt es Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Bildung und Erwerbsstatus sowie zwischen Ost- und Westdeutschland? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden. Aufgrund der hohen zahlenmäßigen Verbreitung von nonformalem Lernen werden dabei vor allem Ergebnisse für diese Form der Weiterbildung dargestellt. Die Ergebnisse beziehen sich auf Erwachsene im Alter von 18 bis 64 Jahren.

Deutliche Unterschiede gab es 2018 im Ausmaß der Beteiligung zwischen verschiedenen Erwerbsgruppen: Mehr als jede/jeder zweite Erwerbstätige (59 %) nahm mindestens einmal im Jahr an einem Kurs oder Lehrgang teil. Demgegenüber nahmen bei Nichterwerbspersonen, also Personen, die nicht arbeiten und nicht aktiv Arbeit suchen (beispielsweise Hausfrauen oder Hausmänner), mit 30 % nur etwa ein halb so großer Anteil an nonformaler Weiterbildung teil. Ein Grund hierfür ist, dass Kurse und Lehrgänge häufig über den Arbeitgeber angeboten

► **Tab 1** Beteiligung an nonformalem Lernen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen 2012–2018 – in Prozent

	2012	2014	2016	2018
Alle Personen (18–64 Jahre)	49	51	50	54
Erwerbsstatus				
Erwerbstätige	56	58	56	59
Arbeitslose	29	32	27	49
Personen in schulischer/beruflicher Bildung	51	54	42	56
sonstige Nichterwerbspersonen	24	25	29	30
Beruflicher Abschluss				
kein Berufsabschluss	37	39	34	44
Lehre/Berufsfachschule	44	47	46	48
Meister-/Fachschule	65	66	64	69
Hochschule/Universität	68	67	68	71
Migrationshintergrund¹				
ohne Migrationshintergrund	–	–	52	55
mit Migrationshintergrund (1. Generation)	–	–	40	52
mit Migrationshintergrund (2. Generation)	–	–	48	57
Geschlecht				
Frauen	47	50	50	52
Männer	51	52	49	57
Region				
Ost	53	54	51	48
West	48	50	49	56
Altersgruppen				
18–24 Jahre	49	50	46	55
25–34 Jahre	51	58	51	58
35–44 Jahre	52	53	54	59
45–54 Jahre	51	53	52	55
55–64 Jahre	38	39	44	47

1. Neue Operationalisierung des Migrationshintergrunds ab 2016, daher liegen keine vergleichbaren Werte für die Jahre 2012 und 2014 vor. Quelle: BMBF (Hrsg.), Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2018. Ergebnisse des Adult Education Survey – AES-Trendbericht, 2019; eigene Darstellung
Datenbasis: Adult Education Survey 2012–2018

werden (siehe Abschnitt 3.2.3). Das bedeutet aber auch, dass Nichterwerbspersonen, denen Weiterbildung vermutlich viel für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt helfen würde, nur bedingt Zugang zu jenen Kursen und Lehrgängen haben, die für Arbeitgeber relevant sind. Bei Arbeitslosen hingegen war 2018 eine ähnlich starke Beteiligung an nonformaler Weiter-

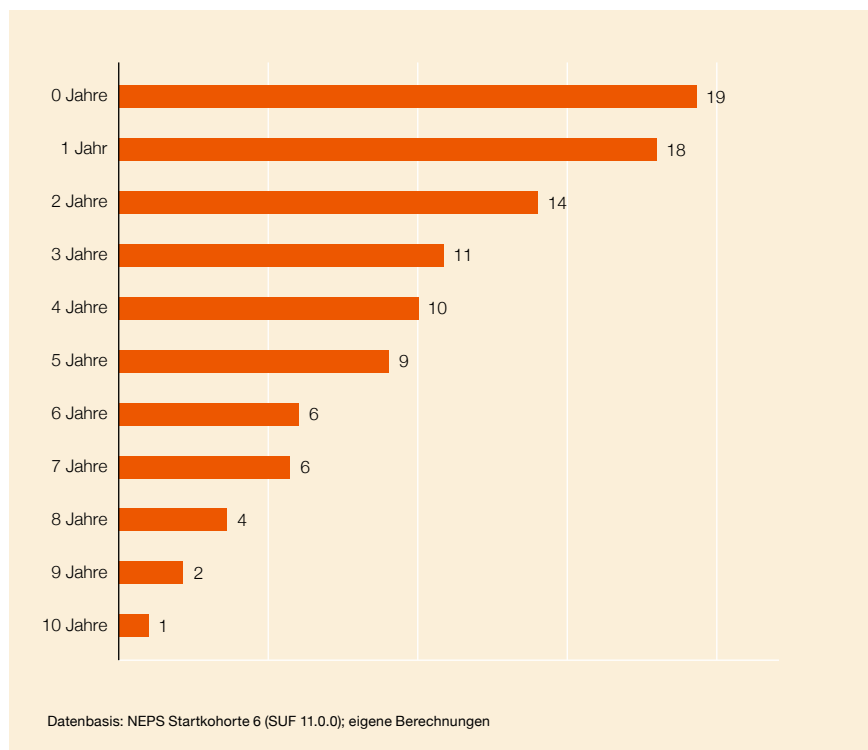
bildung wie bei Erwerbstätigen zu verzeichnen. Verglichen mit den Vorjahren ist dieser Anteil auch deutlich gestiegen. Dies kann an einer Veränderung der Zusammensetzung der Arbeitslosen liegen (im gleichen Zeitraum ist die Arbeitslosenquote weiter gesunken) oder auch an einer stärkeren Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit. ► **Tab 1**

Ähnlich deutlich sind die Unterschiede mit Bezug auf den höchsten beruflichen Abschluss. Während 71 % der Menschen mit Hochschulabschluss in den vergangenen zwölf Monaten an Kursen oder Lehrgängen teilgenommen hatten, waren es bei Menschen ohne Berufsabschluss nur 44 %. Bei Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung war es knapp die Hälfte (48 %).

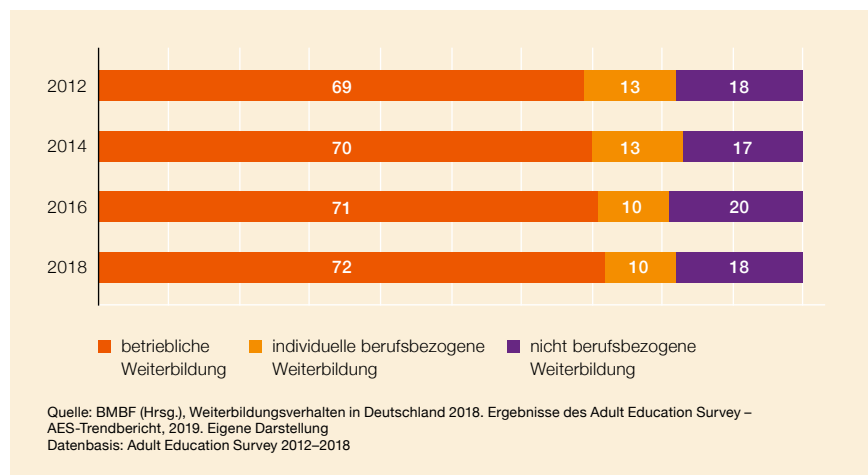
Die höhere Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen kommt hauptsächlich durch den ausgeübten Beruf zustande, wie weitergehende Analysen der Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) zeigen. Personen mit hohen Bildungsabschlüssen üben Berufe aus, die viel Weiterbildung erfordern. Beispiele dafür sind Ärzte und Ärztinnen, Juristen und Juristinnen oder Lehrer und Lehrerinnen. Dagegen üben Menschen ohne Schulabschluss oder mit niedrigen Bildungsabschlüssen eher Berufe aus, in denen sehr wenig Weiterbildung angeboten wird. Beispiele dafür finden sich in der Gastronomie oder im Reinigungsgewerbe. Außerdem zeigt sich, dass der Charakter der ausgeübten beruflichen Tätigkeiten eine entscheidende Rolle spielt: Insbesondere in Berufen, die sich durch wiederholende Tätigkeiten (sogenannte Routinetätigkeiten) auszeichnen, findet besonders wenig Weiterbildung statt, da für die Ausübung dieser Tätigkeiten nur selten neues Wissen nötig ist. Dieser Zusammenhang wiegt besonders schwer, da viele dieser Routineberufe zukünftig potenziell von Maschinen ausgeführt werden könnten. Beschäftigte mit Routinetätigkeiten sind also einem wachsenden Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt und haben gleichzeitig wenig Möglichkeiten dazuzulernen, um sich beruflich weiterzuentwickeln oder zu verändern.

Die früher häufig gefundenen und diskutierten Unterschiede im Weiterbildungsverhalten zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind 2018 größtenteils verschwunden. Menschen mit Migrationshintergrund der ersten Generation (selbst nach Deutschland migriert) nahmen in Deutschland

► **Abb 2** Beteiligung der 1944 bis 1986 Geborenen an nonformaler Weiterbildung im Längsschnitt nach Jahren mit Teilnahme 2009–2019 — in Prozent



► **Abb 3** Weiterbildungskurse der 18- bis 64-Jährigen nach Grund der Weiterbildungsteilnahme 2012–2018 — in Prozent



im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund etwas seltener an nonformaler Weiterbildung teil. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass diese Menschen häufiger einen geringeren Bildungsabschluss und damit weniger Zugang zu Weiterbil-

dung haben. Bei der zweiten Generation (Eltern nach Deutschland migriert) war die Quote im Jahr 2018 hingegen sogar etwas höher als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Damit bestätigen die aktuellen Zahlen den Trend einer Annä-

herung der Weiterbildungsbeteiligung dieser Gruppen, der schon seit längerer Zeit zu beobachten ist.

Die Unterschiede im Weiterbildungsverhalten zwischen Männern und Frauen haben sich – entgegen dem Trend einer zunehmenden Angleichung der Weiterbildungsquoten in den zurückliegenden Jahren – im Jahr 2018 wieder leicht vergrößert. Im Jahr 2016 waren die Unterschiede praktisch nicht mehr sichtbar. 2018 wiesen Männer eine um 5 Prozentpunkte höhere Weiterbildungsbeteiligung als Frauen auf. Auch zwischen Ost- und Westdeutschland haben die Unterschiede im Weiterbildungsverhalten nach einer Phase der Angleichung wieder deutlich zugenommen: Mit 56% im Westen lag die Weiterbildungsteilnahme 2018 sogar um 8 Prozentpunkte höher als im Osten (48%).

Der Vergleich der Weiterbildungsbeteiligung bei verschiedenen Altersgruppen zeigt in der Tendenz weniger große Unterschiede als früher. Dennoch sind die bekannten Muster und Unterschiede deutlich sichtbar. Am häufigsten nahmen demnach Menschen in der mittleren Lebensphase zwischen 35 und 44 Jahren an Weiterbildung teil (59%). Für jüngere Menschen sind die Raten etwas niedriger, da viele noch ihre Ausbildung oder ihr Studium absolvieren. Bei Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren lag die Weiterbildungsbeteiligung jedoch deutlich niedriger (47%). Ein Grund hierfür ist das Näherrücken des Erwerbsendes und der oft vorzeitige Ausstieg aus dem Erwerbsleben. In der Folge gibt es für diese Personen seltener die Chance und Notwendigkeit, sich weiterzubilden. Gleichzeitig hat die Gruppe der Älteren im Vergleich zu den anderen Altersgruppen seit 2016 aufgeholt, was auf die gestiegene Erwerbsbeteiligung im Alter zurückzuführen ist.

Die Idee des lebenslangen Lernens legt eine regelmäßige, wiederkehrende Weiterbildungsteilnahme über längere Zeiträume nahe. Die Längsschnittbetrachtung des Nationalen Bildungspanels (NEPS) zeigt, dass eine solche regelmäßige Weiterbildungsteilnahme deutlich seltener

vorkommt, als es die jährlichen Weiterbildungsquoten vermuten lassen. Zwischen 2009 und 2019 nahmen demnach etwa 19 % der Befragten nie an einem Kurs oder Lehrgang teil. Das heißt, dass fast ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung aus den Geburtskohorten 1944 bis 1986 dauerhaft nicht an nonformaler Weiterbildung teilgenommen hat. Dies betrifft vor allem Geringqualifizierte und tendenziell eher Männer als Frauen. Zudem gibt es deutliche Hinweise darauf, dass diese Personen über die Zeit hinweg auch das Lernen selbst verlernen, also immer weniger in der Lage sind, sich Wissen über Weiterbildung anzueignen. Es wird eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, im aktuell stattfindenden Wandel der Arbeitswelt diese Personengruppe nicht gänzlich abzuhängen. Etwa vier Fünftel (81 %) der Erwachsenen nahmen in den zehn Jahren zwischen 2009 und 2019 mindestens in einem Jahr an Weiterbildung teil. Allerdings bildeten sich die meisten (53 %) maximal in ein bis vier von zehn Jahren weiter. Deutlich weniger (28 %) nahmen in fünf Jahren oder häufiger und somit zumindest jedes zweite Jahr an einer Weiterbildung teil. Eine kontinuierliche Teilnahme in jedem Jahr wies nur etwa 1 % auf. ▶ Abb 2

Bei der Teilnahme an formalen und informellen Lernaktivitäten zeigen sich ebenfalls Unterschiede zwischen verschiedenen Personengruppen. Die Teilnahme an formalen Lernaktivitäten wird besonders stark von der Bildungsprägung des Elternhauses beeinflusst. Bezüglich der informellen Lernaktivitäten finden sich hingegen ähnliche Gruppenunterschiede wie bei der Teilnahme an nonformaler Weiterbildung.

3.2.2 Gründe für die Weiterbildungsteilnahme

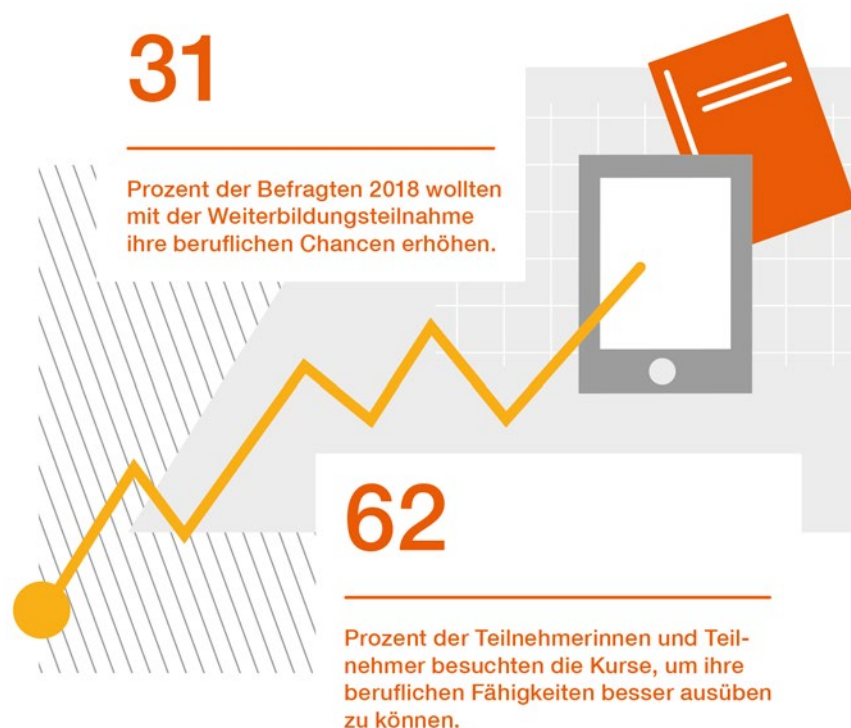
Im Adult Education Survey (AES) werden drei Gründe für die Teilnahme an nonformaler Weiterbildung unterschieden: Bei betrieblicher Weiterbildung stehen betriebliche Gründe im Vordergrund. Sie findet in der Regel während der bezahlten Arbeitszeit statt, oder der Arbeitgeber be-

teiligt sich finanziell an den Kurskosten. Bei individuellen berufsbezogenen Gründen ist dies nicht der Fall, jedoch belegt die Person den Kurs oder Lehrgang auch hier hauptsächlich aus beruflichen Gründen. Bei nicht berufsbezogener Weiterbildung erfolgt die Teilnahme eher aus privaten Gründen.

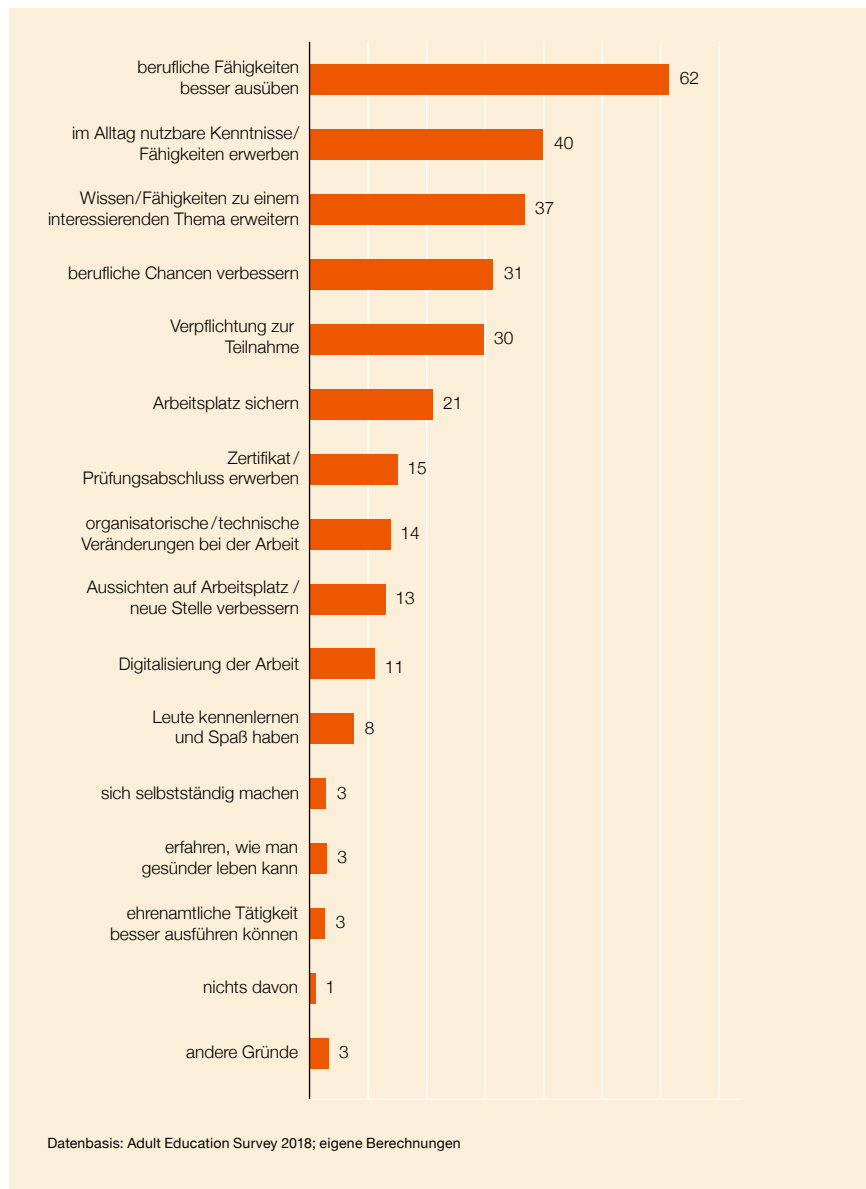
In Deutschland findet die Teilnahme an Kursen und Lehrgängen (nonformale Weiterbildung) in erster Linie im betrieblichen Kontext statt. Fast drei Viertel (72 %) aller nonformalen Weiterbildungsaktivitäten erfolgten 2018 während der Arbeitszeit und/oder der Betrieb übernahm einen Teil der Kosten für die Weiterbildung. Nur knapp 30 % der Weiterbildungskurse gingen auf Eigeninitiativen jenseits des Betriebs zurück. Hierbei war jede zehnte Weiterbildung individuell berufsbezogen, rund jede fünfte Weiterbildung hatte eher private Gründe. Bei diesen Anteilen zeigt sich über die letzten Jahre hinweg kein eindeutiger Trend. Bestenfalls kommt es zu einer leichten Zunahme der betrieblich bedingten Weiterbildung. Es

finden sich hingegen keine Hinweise darauf, dass Personen zunehmend selbst und unabhängig vom Betrieb ihre berufliche Weiterbildung und damit ihre berufliche Karriere in die Hand nehmen. ▶ Abb 3

Bei den Motiven für die Kursteilnahme fällt auf, dass Weiterbildung meist auf die aktuelle berufliche Position ausgerichtet ist und seltener eine berufliche Veränderung zum Ziel hat. Fast zwei Drittel der besuchten Kurse (62 %) dienten nach Angabe der Befragten dazu, ihre beruflichen Fähigkeiten besser ausüben zu können. Der Wunsch, die beruflichen Chancen zu erhöhen wurde von einem knappen Drittel als Motiv genannt (31 %), verbesserte Aussichten auf eine neue Stelle hingegen deutlich seltener (13 %). Bei einem knappen Drittel der besuchten Kurse (30 %) war die Teilnahme verpflichtend vom Arbeitgeber oder einer anderen externen Stelle vorgegeben. Diese Ergebnisse zu den individuellen Motiven für die Weiterbildungsteilnahme decken sich mit der bestehenden Forschung zu den Erträgen von nonformaler Weiterbildung:



► **Abb 4** Weiterbildungskurse der 18- bis 64-Jährigen nach Motiven für die Teilnahme 2018 — in Prozent



Die Teilnahme führt meist nicht zu höherem Einkommen und sozialem Aufstieg, kann aber zu einer Sicherung des Arbeitsplatzes beitragen. Ebenfalls ist anzumerken, dass bei vielen Kursen das Interesse an neuem Wissen im Beruf und im Alltag im Vordergrund steht (37%). Für viele ist dies offenbar ein wichtiger Nutzen jenseits von beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. ► **Abb 4**

3.2.3 Anbieter von Weiterbildung

Betriebe sind in Deutschland mit Abstand der größte Anbieter von Weiterbildung. Im Jahr 2018 boten sie 34% aller besuchten nonformalen Weiterbildungskurse an. Das bedeutet, dass viele Kurse von den Betrieben, in denen die Beschäftigten arbeiten, selbst organisiert werden. Allerdings stellen nicht alle Betriebe ihren Beschäftigten Weiterbildungsmög-

lichkeiten bereit. Nach Daten des Continuing Vocational Training Survey (CVTS) boten im Jahr 2015 fast zwei Drittel (62%) der Betriebe Lehrveranstaltungen an. Wenn andere betriebliche Lernformen wie Weiterbildung am Arbeitsplatz oder Lern- und Qualitätszirkel dazugerechnet werden, waren sogar mehr als drei Viertel (77%) der Betriebe als Anbieter aktiv. Allerdings war dies bei kleineren Betrieben deutlich seltener der Fall als bei Großbetrieben. Auch wenn diese Zahlen in den letzten Jahren relativ stabil waren, zeigen sich zugleich konjunkturelle Schwankungen. Daten aus dem IAB-Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass das Weiterbildungsangebot der Betriebe während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 deutlich zurückgegangen ist. Danach erholte es sich allerdings schnell wieder auf das vorherige Niveau.

Neben den Betrieben sind kommerzielle Akteure die größten Anbieter von Weiterbildungskursen, während staatliche und nicht kommerzielle Institutionen wie Volkshochschulen nur einen kleinen Anteil haben. Nach Daten des Adult Education Survey (AES) sind vor allem andere Betriebe (17% der Kurse), selbstständige Lehrkräfte (13%) und kommerzielle Bildungsinstitute (7%) für einen Großteil der Kurse verantwortlich. Andere Anbieter wie (Fern-)Hochschulen (5% der Kurse), Berufsverbände und Volkshochschulen (jeweils 4%) spielen eine deutlich geringere Rolle. Auf der einen Seite spiegeln diese Zahlen natürlich die starke Ausrichtung der meisten Kurse auf betriebliche und berufliche Anforderungen wider. Bei den nicht berufsbezogenen Kursen sind die Volkshochschulen beispielsweise deutlich stärker vertreten. Auf der anderen Seite ist auch auffällig, dass die berufliche Weiterbildung in Deutschland weitestgehend dem kommerziellen und privaten Sektor überlassen wird, während die berufliche Erstausbildung überwiegend an staatlichen Berufsschulen und Universitäten stattfindet.

3.2.4 Zusammenfassung und Ausblick

Lebenslanges Lernen wird in Deutschland für immer mehr Menschen gelebte Realität, denn inzwischen nehmen pro Jahr mehr als die Hälfte der Erwachsenen an Weiterbildungsangeboten teil. Allerdings bleibt weiterhin eine große Gruppe den Lernangeboten fern. Die Längsschnittdaten mit den Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) zeigen, dass etwa ein Fünftel der Erwachsenen in Deutschland dauerhaft nicht an Weiterbildung teilnimmt. Zudem wird aus den Daten ersichtlich, dass ein Großteil der Weiterbildung über den Betrieb und den Beruf gesteuert wird. Es ist also häufig weniger die individuelle Motivation zum Lernen, die fehlt, sondern der Mangel an strukturellen Voraussetzungen. Für viele ist es aufgrund fehlender Möglichkeiten zur Weiterbildung und passender Lernangebote schwierig, mit den wachsenden Anforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt Schritt zu halten.

Welchen Einfluss die Coronakrise auf die Weiterbildungsbeteiligung hat, ist zum aktuellen Zeitpunkt noch unklar, da es im Moment nur wenige Daten hierzu gibt.

Angesichts der aktuellen Struktur der Weiterbildungslandschaft in Deutschland lässt sich aber eine Verringerung der Beteiligung und eine Veränderung der Lernformen vermuten. Aus früheren Wirtschaftskrisen ist bekannt, dass Betriebe in diesen Zeiten das Weiterbildungsangebot verringern. Momentan gibt es kaum öffentliche Strukturen, die dies auffangen könnten. Gleichzeitig wird es schwieriger, Kurse und Lehrgänge im Präsenzbetrieb durchzuführen, wenn Kontaktbeschränkungen gelten. Dementsprechend könnten informelle, selbst gesteuerte und digitale Formen der Weiterbildungen an Gewicht gewinnen. Aktuelle Daten aus einer Sonderbefragung des NEPS im Mai 2020 zeigen, dass 18 % der Erwachsenen im Alter von 34 bis 76 Jahren während der ersten Phase der Pandemie (März bis Mai 2020) Lernangebote im Internet oder über Apps genutzt haben, um dazulernen. Davon war die Hälfte (50 %) aus beruflichen Gründen motiviert. Ob die Krise allerdings einen grundsätzlichen Wandel zu mehr individueller und digitaler Weiterbildung auslöst, wird erst in den nächsten Jahren sichtbar werden.